



UNSERE HEIMAT EUROPA

Programm zur Europawahl 2019

www.unsereheimateuropa.de



**Das FREIE WÄHLER Spitzen-Trio:
Stephan Wefelscheid (Rheinland-Pfalz),
Ulrike Müller MdEP (Bayern)
und Engin Eroglu (Hessen)**

UNSERE HEIMAT EUROPA

Programm zur Europawahl 2019

Heimat Europa	04	Heimat höchster Lebensqualität	22	Heimat solider Finanzen	42
Leben der europäischen Werte	05	Hochwertige und gesunde Lebensmittel aus der Heimat	22	Stabiler Euro	43
Mehr Bürgerbeteiligung in Europa	06	Erhalt unserer Lebensgrundlagen	25	Sinnvolle Finanzierung gemeinsamer Aufgaben	45
Europa erleben und erfahren	09	Verbleib unserer Sozialsysteme in nationaler Hand	28		
Aufnahmestopp neuer Beitrittsländer	11	Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land	29		
		Eine gute Zukunft für unsere Kinder und Jugend	30		
Heimat der Sicherheit	12	Heimat der Innovationen	32		
Sicherheit mit offenen Binnengrenzen	12	Innovationsmotor Deutschland in Europa	32		
Gemeinsame Lösung der Migrationsfrage	14	Starker Mittelstand	36		
Stabile Außenpolitik ohne Experimente	16	Hohe Standards beim Daten- und Verbraucherschutz	37		
Fluchtursachen eindämmen	19	Bürokratieabbau in Europa	38		
Gemeinsame europäische Verteidigung	20	Kürzere Wege und schnelleren Datenabruf in Europa	39		
		Fairness im internationalen Handel	41		

HEIMAT EUROPA

#unsereHEIMATEuropa

Europas Zukunft liegt in seinen Regionen. Hier fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger heimisch und geborgen. Leben, Kultur und Wertschöpfung finden hier statt. Damit wir aber die Herausforderungen der Globalisierung meistern können, braucht es ein starkes Europa, das sich um die großen Dinge kümmert: Insbesondere Fragen der Sicherheit nach innen und außen, das Einhalten unserer Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und unserer Grund- und Menschenrechte. Dazu zählen auch die Pressefreiheit und die freie Meinungsäußerung, das

Angehen ökologischer Herausforderungen sowie gleiche Arbeitsbedingungen und faire Regeln des Handels innerhalb Europas und mit unseren Partnern weltweit. Europa bleibt ein Staatenverbund. Gleichzeitig gilt es aber, die Städte und Gemeinden sowie die Regionen in diesem Mehrebenensystem zu stärken und ihnen mehr Mitsprache bei unserem gemeinsamen Projekt Europa zu geben. Die Menschen in Europa wollen ihr Leben selbst bestimmen. Dafür sorgen wir FREIE WÄHLER und setzen uns für mehr Gestaltungsspielräume der Politik vor Ort ein.

Deshalb wollen wir ein Europa, das

- ein Projekt der Bürger und nicht der Eliten wird,
- regionale Strukturen stärkt und nicht in Frage stellt,
- die öffentliche Daseinsvorsorge, wie die Trinkwasserversorgung, schützt und nicht dem freien Markt preisgibt,
- sinnvolle berufliche Zugangsbeschränkungen, wie die Meisterpflicht, erhält und nicht aufhebt,
- unsere regionale Bankenstruktur mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhält und nicht in Zweifel zieht,
- unsere Regionen individuell und bedarfsgerecht mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fördert,
- Minderheiten sowie regionale und kulturelle Vielfalt schützt,
- die Bürgerinnen und Bürger und ihre Belange ernst nimmt und danach handelt.

Wir FREIE WÄHLER sind eine bodenständige Bürgerbewegung aus Deutschlands Städten und Gemeinden. Wir verstehen, was die Menschen vor Ort bewegt. Auf diese Weise bringen wir uns im Europaparlament

seit der letzten Wahl ein: Für ein Europa, in dem die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger und Regionen gehört werden.

Leben der europäischen Werte

Wir FREIE WÄHLER sind eine Kraft der politischen Mitte. Wir stellen uns gegen Populisten, Nationalisten, Links- und Rechtsextremisten, religiöse Fanatiker und autoritäre Technokraten, die unsere vielfältige demokratische Gesellschaft bekämpfen. Deshalb unterstützen wir Gemeinsinn und bürgerschaftliches Engagement. Für uns sind Bürgerinitiativen, Vereine und Verbände für eine bürgernahe Politik unerlässlich. Wir brauchen sie dringend für eine demokratiesichere Gesellschaft in einem freiheitlichen Europa, die sich nicht von Ideologien treiben lässt, sondern Lösungen für die Probleme der Menschen liefert. Zu unseren Grundwerten zählen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und unsere Grund- und Menschenrechte, wie etwa die Pressefreiheit und die freie Meinungsäußerung. Sie müssen immer wieder auf das Neue verteidigt werden. Gegenüber Ländern innerhalb und außerhalb der EU, in denen diese Grundwerte nicht gleichermaßen vertreten werden, wollen wir ihre Wahrung stringent einfordern. Gerade die

Digitalisierung der Medienlandschaft und die zunehmende Rolle sozialer Medien verändern unser demokratisches Zusammenleben: Der Zugang zu Informationen hat sich erheblich vereinfacht, aber die Möglichkeiten des Missbrauchs und der Manipulation sind so groß wie nie. Wir setzen uns dafür ein, dass der politische Diskurs weiterhin geführt werden kann.

„Wir FREIE WÄHLER wollen, dass allen Menschen in Europa die gleichen Grundrechte zustehen.“

Bekenntnis zum christlich-abendländischen Europa

Europa als Wertegemeinschaft muss sich zu seiner christlich-abendländischen Kultur mit seinen jüdisch-humanistischen Wurzeln bekennen. Aus ihr leiten sich unsere Grundwerte ab, die unser gemeinsames Fundament in Europa bilden. Diese wollen wir FREIE WÄHLER konsequent von allen Mitgliedstaaten einfordern.

Toleranz und Respekt in Europa stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Europa jedem Menschen die gleichen Chancen bietet - unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion, politischer Einstellung oder sexueller Orientierung. Ländern außerhalb der EU, in denen diese Umstände zu Verfolgung führen, wollen wir außenpolitisch offensiver entgegentreten.

Gemeinsames Vorgehen bei Verstößen gegen unsere Grundwerte

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass allen Menschen in Europa die gleichen Grundrechte zustehen. Nur so kann Europa auf lange Sicht stabil bleiben. Der bestehende Rechtsstaatsmechanismus muss deshalb bei Verstößen durch einzelne Mitgliedstaaten weiter gestärkt und strikt angewandt werden. Bei Regelbrüchen einzelner Mitgliedstaaten wollen wir zudem die Möglichkeit finanzieller Sanktionen im EU-Haushalt schaffen, um EU-Fördergelder streichen zu können. Als letztes Mittel müssen bei wiederholten Verstößen auch Maßnahmen wie der Ausschluss aus der Eurozone oder der EU in Betracht kommen.

Sprachliche und kulturelle Vielfalt in Europa stärken

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa gestärkt wird. Insbesondere

wollen wir die regionalen Medienlandschaften stärken: Regionale Tageszeitungen, lokale Rundfunk- und Fernsehsender sowie lokale Internetmedien gilt es zu erhalten. Außerdem fordern wir ein europäisches Zentrum für Sprachenvielfalt im Bereich der Regional- und Minderheitensprachen, um ihren Fortbestand zu sichern. Insbesondere die Kultur der deutschen Minderheiten im östlichen Europa wollen wir besser fördern.

Minderheiten in Europa schützen und fördern

Noch immer werden Minderheiten innerhalb der EU diskriminiert oder gar angegriffen. Neben den in den letzten Jahren hinzugekommenen radikalen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge besteht weiterhin eine strukturelle Diskriminierung von Juden, Sinti und Roma. Darauf braucht es gemeinsame, entschlossene europäische Antworten. Wir dulden es nicht, dass einige EU-Länder ihren Minderheiten nicht alle Unterstützung zukommen lassen, die nach europäischen

Standards erwartet wird. Wir FREIE WÄHLER fordern hier eine neue, ambitioniertere Strategie der EU mit Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den entsprechenden Mitgliedsländern.

„Europapolitik muss sich künftig von unten nach oben entwickeln, nicht umgekehrt.“

Mehr Bürgerbeteiligung in Europa

Europa steht heute vor einem Scheideweg. Es stellt sich für uns die Frage, in welche Richtung sich Europa weiterentwickelt. Wir FREIE WÄHLER wollen diese Chance nutzen und unsere Ideen für ein besseres und bürgernahes Europa einbringen. Denn viele Entscheidungen aus Brüssel wirken sich unmittelbar auf das Leben in unserer Heimat aus. Die EU stellt dabei viele politische Weichen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und nachvollziehen können, wie und weshalb Beschlüsse zustande kommen.

Wir FREIE WÄHLER wollen Demokratie und Transparenz auf Europaebene stärken. Wir stehen für eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort einen spürbaren Mehrwert verschafft. Europapolitik muss sich künftig von unten nach oben entwickeln, nicht umgekehrt.

Volksentscheide zu Europa-Fragen einführen

Die Europäische Integration ist an einem Punkt angelangt, an dem eine weitere Souveränitätsabgabe nicht mehr ohne die Zustimmung des Volks erfolgen kann. Wir wollen ein Europa, das die Menschen akzeptieren. Wir FREIE WÄHLER setzen uns deshalb für Volksentscheide zu wichtigen europapolitischen Fragen auf Bundesebene ein: Bei EU-Erweiterungen und weiteren Vertiefungen im Sinne neuer Aufgabenübertragungen müssen die Bürgerinnen und Bürger als Souverän über EU-Vertragsänderungen entscheiden können. Voraussetzung für die Annahme eines solchen Volksentscheids muss eine einfache Mehrheit insgesamt sowie eine einfache Mehrheit in mindestens der Hälfte aller Länder sein.

In diesem Zusammenhang fordern wir ein zunächst bundesweites und später europaweites digitales Abstimmungssystem, welches häufigere Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen erst möglich macht.

Europäische Bürgerinitiative stärken

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) wollen wir FREIE WÄHLER weiter stärken. Sie ermöglicht es engagierten Bürgerinnen und Bürgern, ihre politischen Vorstellungen in Europa einzubringen. Die Anwendungsmöglichkeiten des Instruments wollen wir ausweiten und die Möglichkeit verbindlicher europaweiter Bürgerentscheide schaffen.

Lobbyismus: Mehr Transparenz und klare Regeln für alle EU-Institutionen

Wir FREIE WÄHLER wollen die Schlupflöcher im EU-Lobbyregister schließen, damit die Einflussnahme von Interessengruppen auf Kommission, Europaparlament und Ministerrat endlich transparent wird. Gerade der Ministerrat mit den dahinterstehenden Regierungen der Mitgliedstaaten verschließt sich hier nach wie vor. Das wollen wir ändern.

Mehr Subsidiarität und mehr Eigenverantwortung vor Ort

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Europa nur dann zuständig ist, wenn eine Aufgabe nicht besser auf einer darunterliegenden Ebene wie dem Bund, den Ländern oder den Kommunen erfüllt werden kann. Im europäischen Gesetzgebungsprozess wirken wir darauf hin, dass dieser Grundsatz konsequent verfolgt wird und alle EU-Gesetze in ihrer Begründung deutlich darlegen, inwieweit die getroffenen Regelungen diesem Ziel nachkommen. Für uns ist Subsidiarität sehr wichtig, aber keine Einbahnstraße.

Unsere Welt wird immer komplexer und es entstehen immer neue Herausforderungen. In manchen Bereichen wie der Migrations- und Sicherheitspolitik ist es deshalb auch notwendig, Europa mit neuen Befugnissen auszustatten. In anderen Bereichen müssen wir weiterhin prüfen, ob Aufgaben auf Europaebene nicht wieder besser vor Ort in den Mitgliedstaaten entschieden werden

sollen. Denn die Bürgerinnen und Bürger sollen ihr Leben in ihrer Heimat weitgehend selbst gestalten können.

Klare Trennung der Zuständigkeiten

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine klare Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten in den europäischen Verträgen ein. Damit wollen wir erreichen, dass sich Europa auf die großen Herausforderungen konzentriert und sich weniger in die Belange einmischt, die in den Mitgliedstaaten besser oder genauso gut geregelt werden können.

Verschiedene Geschwindigkeiten in Europa zulassen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass mehr Zusammenarbeit bereits mit wenigen willigen Mitgliedstaaten in Europa möglich ist. Wir können nicht immer darauf warten, bis der Letzte überzeugt ist und seine Blockadehaltung für wichtige Refor-

men aufgibt. Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit wollen wir deshalb in Zukunft gerade im Bereich der Sicherheitspolitik einsetzen. Selbstverständlich muss jeder Mitgliedstaat die Möglichkeit haben, sich nachträglich anzuschließen. Auch denken wir, dass für manche Politikfelder das Einstimmigkeitsprinzip zugunsten demokratischer Mehrheitsentscheidungen überdacht werden sollte.

Mehr Transparenz und Gründlichkeit bei der EU-Gesetzgebung

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass das Europaparlament seine Verhandlungsspielräume in den vorgesehenen drei Lesungen voll ausschöpft. Das zur Regel gewordene verkürzte Verfahren darf nur in wirklich eilbedürftigen Fällen zur Anwendung kommen. In den Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat wollen wir höchste Transparenz erreichen. Zudem muss die Breite der Gesellschaft bei künftigen EU-Gesetzgebungen besser beteiligt werden.

Konnexitätsprinzip bei EU-Gesetzen

Für die Kommunen können neue EU-Gesetze in der Umsetzung sehr teuer werden. Einen finanziellen Ausgleich wie bei Gesetzen durch die Bundesländer gibt es nicht. Das wollen wir ändern: Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die Kommunen für die Umsetzung von EU-Recht einen Kostenausgleich erhalten.

Europaparlament weiter stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen die einzige direkt gewählte Institution weiter stärken. Hierfür streben wir eine Ausdehnung der Zuständigkeit des Europaparlaments auf alle politischen Schlüsselbereiche wie Fragen des Euratom-Vertrags an. Außerdem wollen wir ein echtes Initiativrecht für das Europaparlament, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger direkt in den europäischen Gesetzgebungsprozess einbringen zu können. Die bisherige Möglichkeit, lediglich über Initiativberichte die Europäische Kommissi-

on zum politischen Handeln aufzufordern, wird der Bedeutung eines direkt gewählten Parlaments in keiner Weise gerecht.

Gerechtere Sitzverteilung im Europaparlament

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die Sitzverteilung im Europaparlament gerechter wird. Momentan ist eine Wählerstimme aus Deutschland ein Vielfaches weniger wert als eine aus kleineren EU-Mitgliedsländern.

Ein Parlamentssitz

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass das Europaparlament künftig nur noch an einem Ort tagt. Der regelmäßige Umzug zu den Plenarsitzungen nach Straßburg kostet sehr viel Steuergeld und ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht länger vermittelbar.

Spitzenkandidaten bei Europawahlen beibehalten

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor einer Wahl wissen, welche Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten in Frage kommen. Das schafft Transparenz und beseitigt nachträgliche Absprachen in Hinterzimmern. Wir setzen uns deshalb für die Beibehaltung des „Spitzenkandidaten-Prinzips“ bei Europawahlen ein.

Echte Bürgerdialoge zur Zukunft Europas

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger ergebnisoffen über die Zukunft der EU debattieren können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass europaweit Bürgerdialoge mit repräsentativen Querschnitten der Gesellschaft ohne Vorwegnahme der Ergebnisse durchgeführt werden.

EU-Führungspersonal neu ordnen

Das Machtverhältnis zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Kommissionspräsidenten, der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Euro-Gruppenchef und dem Ministerratspräsidenten ist bis heute nicht ausreichend geklärt und austariert. Wir FREIE WÄHLER setzen uns weiterhin für eine Klärung und Reduzierung des Führungspersonals auf weniger, dafür aber handlungsfähigere Ämter ein.

Eine effizientere EU-Kommission

Wir FREIE WÄHLER wollen die Kommission drastisch verkleinern. Wir sind der Auffassung, dass maximal zehn Ressorts ausreichend sind, um Europa effektiv gestalten zu können. Die gegenwärtige zwanghafte Aufteilung der europäischen Regelungsbereiche auf die 27 verbleibenden Kommissare ist höchst ineffizient und bläht den bürokratischen Apparat unnötig auf. Wir

wollen, dass die europäischen Kommunen einen zentralen Ansprechpartner bei der EU-Kommission haben.

Europabüros vor Ort

Wir FREIE WÄHLER wollen die EU-Behörden verkleinern und zugleich schlagkräftiger sowie vor Ort erlebbar machen. Die zahlrei-

chen EU-Agenturen sind über ganz Europa verteilt. Deren Aufgaben und weitere Existenzberechtigung wollen wir kritisch überprüfen und Zuständigkeiten im Zweifel auf die EU-Kommission übertragen. Stattdessen braucht es Europa-Büros flächendeckend in den Regionen, die den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der Verwaltung als Ansprechpartner dienen.



Europa erleben und erfahren

Wir FREIE WÄHLER wollen das europäische Bewusstsein stärken und eine bessere Bildung über die Europäische Union, ihre Institutionen und ihr Funktionieren erreichen. Denn der Zuspruch zu unserem gemeinsamen Friedenswerk hängt insbesondere davon ab, ob die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit der EU nachvollziehen können. Bildung sehen wir als Basis für eine gut informierte europäische Bürgergesellschaft an.

Europäischen Bildungsaustausch stärken

Das europäische Förderprogramm Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend und Sport ist ein wirkungsvolles Instrument für die interkulturelle Bildung und den europäischen Jugendaustausch. Die Nachfrage ist aber höher als das zur Verfügung stehende Angebot und die bürokratischen Hürden sind recht hoch. Wir FREIE WÄHLER wollen das Programm deshalb finanziell besser ausstatten und strukturell vereinfachen.

Erasmus für alle Altersschichten

Die Erasmus+-Förderung muss weiterhin für alle Gesellschafts- und Altersschichten Bildungsmöglichkeiten bereithalten. Die Bereiche der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung wollen wir FREIE WÄHLER weiter ausbauen.

Förderung der Europa-Bildung auf allen Ebenen

Die meisten Menschen verstehen immer noch nicht, wie die Europäische Union funktioniert und was sie für uns macht. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb, dass alle politischen Ebenen in Deutschland von den Städten und Gemeinden bis zum Bund unserem gemeinsamen Projekt Europa mehr Aufmerksamkeit in der Bildungsarbeit widmen. Wir machen uns dafür stark, dass sie alle mehr in die Europabildung investieren und den Mehrwert Europas deutlicher herausstellen.

Stärkung der Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften stärken den europäischen Gemeinsinn und dienen der Völkerverständigung. Sie sind für den europäischen Zusammenhalt von unschätzbarem Wert. Wir FREIE WÄHLER setzen uns deshalb dafür ein, dass die kommunale Partnerschaftsarbeit gestärkt wird.

Grenzübergreifenden Austausch der Zivilgesellschaften stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen ehrenamtliche Projekte im Bereich des Jugendaustauschs und der Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften stärken. Wir unterstützen grenzübergreifendes ehrenamtliches Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dazu zählen Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen, Bildungseinrichtungen sowie kirchliche und karitative Organisationen.

Europäische Breitensportförderung stärken

Sport bringt über Grenzen hinweg Menschen zusammen. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb den aktiven Sport auf Europaebene stärker fördern. Es geht uns dabei vor allem im Nachwuchsbereich um grenzübergreifende Projekte des Breitensports. Das europäische Rahmenprogramm Erasmus+ gilt es in dieser Hinsicht weiter auszubauen. Dabei wollen wir die Bürokratie im Antragsprozess erheblich reduzieren, damit die vielen ehrenamtlichen Initiativen einen leichteren Zugang zu den Fördergeldern erhalten.

E-Sport als Sport anerkennen

Wir FREIE WÄHLER sind überzeugt, dass Politik auf allen Ebenen und insbesondere auf Europaebene gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und soziologischen Entwicklungen Rechnung tragen und ent-

sprechende Rahmenbedingungen schaffen muss. Wir wollen deshalb die insbesondere bei Kinder und Jugendlichen beliebten E-Sport-Aktivitäten als Sport anerkennen und entsprechend fördern.



Aufnahmestopp neuer Beitrittsländer

Wir FREIE WÄHLER wollen eine ideologiefreie Debatte über die Erweiterung der EU. Grundsätzlich sollte allen europäischen Ländern eine Beitrittsperspektive gegeben werden, die unsere Grundwerte achten und entsprechende wirtschaftliche Kriterien erfüllen. Niemandem, der Teil unserer Werteordnung ist, sollte eine Teilhabe an unserem europäischen Friedenswerk von vornherein verwehrt werden. Schon bei den mittelosteuropäischen Ländern haben sich in Folge der Auflösung des Ostblocks ehrliche Beitrittsperspektiven als Reformmotor bewährt.

Im Moment ist die EU allerdings nicht aufnahmefähig, da ein einzelnes Land alle Entscheidungen blockieren kann. Diesen Zustand müssen wir schnellstens ändern, indem wir eine Möglichkeit der Mehrheitsentscheidung finden. Dadurch können wir erst wieder glaubhafte Aufnahmeperspektiven bieten.

Kein EU-Beitritt der Türkei

Insbesondere vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen in den letzten Jahren lehnen wir die Aufnahme der Erdoğan-Türkei in die EU entschieden ab. Wir FREIE WÄHLER wollen die Beitrittsverhandlungen angesichts der Entwicklung hin zu einem autoritären Staat beenden.

Westbalkan-Erweiterung

Die Verhandlungen mit den Staaten des Westbalkans wollen wir FREIE WÄHLER fortführen. Angesichts des bisherigen Verhandlungsverlaufes und der noch laufenden Konsolidierung der Union halten wir eine zeitnahe Aufnahme aller oder einzelner Westbalkanstaaten jedoch für noch nicht durchführbar.

Volksentscheide bei EU-Erweiterungen

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass bei künftigen Erweiterungsrunden Volksabstimmungen in Europa oder wenigstens in Deutschland durchgeführt werden.

Strengere Auflagen bei der Korruptionsbekämpfung

Wir FREIE WÄHLER wollen innerstaatliche Korruptionsprobleme von Beitrittskandidaten nicht in die Europäische Union importieren. Wir wollen in dieser Hinsicht eine deutlich strengere Auslegung der Beitrittskriterien.

Zivilgesellschaft bei Erweiterungen von Beginn an einbinden

Weitere EU-Beitritte dürfen nicht hinter verschlossenen Türen diskutiert werden. Wir

FREIE WÄHLER setzen uns deshalb für einen intensiven Einbezug aller gesellschaftlichen Interessengruppen ein, um ergebnisoffen und transparent über künftige Erweiterungsrunden zu diskutieren.

Ausbau der EU-Nachbarschaftspolitik

Wir FREIE WÄHLER wollen die EU-Nachbarschaftspolitik mit den an Europa angrenzenden Regionen intensivieren. Hierdurch wollen wir die Achtung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Demokratie und Marktwirtschaft jenseits unserer Außengrenzen nachhaltig stärken und durch Anreizprogramme unterstützen. Wir wollen die Chancen nutzen, die Nachbarländer der EU bei ihren inneren Reformen zu mehr Demokratie zu unterstützen.

HEIMAT DER SICHERHEIT

#unsereHEIMATEuropa

Europa muss sicherer werden, um wieder ohne Grenzkontrollen auszukommen: Organisierte Kriminalität, Terrorgefahr und unkontrollierte Migration stellen aber unseren Wunsch nach einem Europa ohne Binnengrenzen derzeit in Frage. Grenzkontrollen oder sogar Grenzzäune sind in einigen Ländern Europas wieder Realität geworden. Das wollen wir FREIE WÄHLER ändern, indem wir die europäische Sicherheit nach innen und außen massiv stärken. Schlagbäume an unseren Grenzen untergraben nicht nur die von unseren Müttern und Vätern hart erkämpfte Freizügigkeit in Europa: Sie ist unserem Wirtschaftswachstum abträglich, so dass unsere Arbeitsplätze und letztlich unser Wohlstand gefährdet werden. Sie schränken aber auch die Bewegungsfreiheit und den kulturellen Austausch zwischen den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ein.

Sicherheit mit offenen Binnengrenzen

Die EU-Sicherheitsagentur Europol muss zu einem europäischen Polizeiamt mit eigenen Exekutivbefugnissen weiterentwickelt werden. Ziel muss es sein, sie über mitgliedstaatliche Grenzen hinweg handlungsfähig zu machen. Es darf nicht sein, dass aufgrund offener Grenzen kriminelle Banden in Europa weitgehend ungehindert agieren können, während die Strafverfolgungsbehörden weiterhin an den Grenzen halt machen müssen.

Zusammenarbeit der Polizei und Justiz in Europa vertiefen

Herausforderungen wie organisierte Kriminalität und Terrorismus erfordern mehr gemeinsames Handeln in Europa. Wir FREIE WÄHLER machen uns für eine bessere Kooperation zwischen den Polizei- und Justizbehörden der EU-Mitgliedstaaten stark. Das bedeutet, die europäischen Grenzen auch für Polizei und Justiz weiter zu öffnen, ohne dabei den Grundsatz der Subsidiarität in Frage zu stellen.

Europäische Sicherheitsagenturen stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen die europäischen Sicherheitsagenturen OLAF, Europol und Eurojust mit weitreichenderen Handlungsbeugnissen ausstatten. Das Europaparlament und die nationalen Parlamente müssen in der Innen- und Justizpolitik mehr Kontrollrechte und Gestaltungsspielräume erhalten.

Intensive Zusammenarbeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden

Wir FREIE WÄHLER wollen die Zusammenarbeit der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden innerhalb Europas massiv stärken. Insbesondere setzen wir uns ein, die gemeinsame Terrorabwehr im Rahmen des „European Counter Terrorism Center“ auszubauen und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität stärker ins Visier zu nehmen.

Zusammenarbeit mit Interpol stärken

Kriminalität macht nicht an unseren europäischen Außengrenzen Halt. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb auch international die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen von Interpol intensivieren.

Gemeinsame Aus- und Fortbildung europäischer Polizeieinheiten

Wir FREIE WÄHLER wollen die gemeinsame grenzübergreifende Aus- und Fortbildung unserer Polizei auch im Rahmen von CEPOL stärken. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden in der Praxis auch reibungslos funktionieren wird.

Leistungsfähige IT-Strukturen für die europaweite Ermittlungsarbeit

Wir brauchen in Europa modernste Technik, um Straftäter und Gefährder schnell identifizieren zu können. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine moderne Ausstattung der Sicherheitsbehörden ein. Hiermit übereinkommend müssen auch Gesetze und Regelungen zur Verbesserung der Vernetzung von Sicherheitsbehörden und ihres Datenaustauschs unter Wahrung der Datenschutzrechte Unbeteiligter angepasst werden.

Prävention und Deradikalisierung europaweit voranbringen

Das Verhindern von extremistischer und terroristischer Gewalt im Vorgriff ist unser Anliegen. Hierfür wollen wir FREIE WÄHLER die Prävention und Deradikalisierung im Kampf gegen islamistischen Extremismus

und Terrorismus europaweit stärken und die Entwicklung gemeinsamer Strategien voranbringen.

Kontrolle der Sicherheitsagenturen durch das Europaparlament

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die europäischen Sicherheitsagenturen einer parlamentarischen Kontrolle unterstehen. Das Europaparlament muss diese Aufgabe übernehmen.

Keine Kompromisse bei Schengen-Beitrittskandidaten

Wir FREIE WÄHLER achten darauf, dass neue Beitrittskandidaten für den Schengen-Raum vor ihrer Aufnahme zweifelsfrei alle sicherheitsrelevanten Kriterien erfüllen – wie die Ausgestaltung der Rechtsstaatlichkeit sowie der entschlossene Kampf gegen Korruption, organisierte Kriminalität und Terrorismus. Für uns gibt es dabei keine Kompromisse.

Europäischen Katastrophenschutz besser koordinieren

Wir FREIE WÄHLER wollen erreichen, dass wir Europäerinnen und Europäer besser und effizienter auf Katastrophenfälle reagieren können. Wir setzen uns ein, dass die Mitgliedstaaten bestimmte Kontingente für Notfallsituationen wie etwa bei Waldbränden verpflichtend vorhalten, die rasch europaweit einsatzfähig sind. Es geht dabei um spezielle Ausrüstung und Gerätschaften sowie medizinische Notfall-Teams. Durch intelligente Arbeitsteilung können wir hier Steuergelder einsparen, unnötige Bürokratie abbauen und gleichzeitig die Effizienz erhöhen. Gleichwohl muss sichergestellt sein, dass das Letztentscheidungsrecht über die nationalen Kapazitäten bei den Mitgliedstaaten verbleibt. Deshalb ist es sinnvoll, ergänzend eine europäische Kapazität aufzubauen.

Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts

Wir FREIE WÄHLER setzen auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, die legal Waffen besitzen. Wir haben eines der schärfsten Waffenrechte der Welt und halten dies für ausreichend. Weitere Verschärfungen sind unverhältnismäßig. Eine zentrale Lagerung der Waffen in Schützen- und Vereinsheimen lehnen wir ab. Es muss aber gleichzeitig mehr gegen den illegalen Waffenbesitz getan werden.

„Wir FREIE WÄHLER wollen den europäischen Außengrenzschutz durch Ausbau von Frontex massiv stärken.“

**ETWAS SO
EINZIGARTIGES, WIE
DICH, GIBT ES NICHT
NOCH EINMAL!**



Gemeinsame Lösung der Migrationsfrage

Europa ist längst nicht auf Flüchtlingskrisen wie die vom Herbst 2015 vorbereitet. Das wollen wir FREIE WÄHLER ändern. Wir streben weiterhin eine europäische Lösung der Migrationsfrage an: Wollen wir eine Rückkehr zu Schlagbäumen an unseren Grenzen verhindern, müssen wir gemeinsam und engagiert unsere Außengrenzen schützen. Das erfordert den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Grenzschutzes: Frontex braucht ein großes Update.

Europäischen Grenzschutz stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen den europäischen Außengrenzschutz durch Ausbau von Frontex massiv stärken. Wir forcieren eine gemeinsame europäische Grenzschutzeinheit, bestehend aus bereitgestellten Kontingenten der Mitgliedstaaten. Sie muss in der Lage sein, die gesamte EU-Außengrenze sinnvoll überwachen zu können. Neben ausreichendem Personal muss sie auch über das notwendige moderne Gerät verfügen.

„Dublin“ ablösen: Reform der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa

Weiterhin verfolgen wir FREIE WÄHLER eine gemeinsame und gerechte Umverteilung der Geflüchteten auf alle EU-Mitgliedstaaten. Die Verteilung soll über die bestehende EU-Asylagentur EASO erfolgen. Um ihr Weiterziehen in Nachbarländer innerhalb Europas einzudämmen, brauchen wir in den Mitgliedstaaten einheitliche Standards der Unterbringung und Versorgung. Ebenso muss die Einordnung der Herkunftsländer in sichere und unsichere Drittstaaten gemeinsam erfolgen.

Finanzieller Ausgleich für die Aufnahme von Geflüchteten in Europa

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass aufnahmewillige Länder für ihre Leistung aus Mitteln des EU-Haushalts finanziell entschädigt werden. Für die Finanzierung muss sichergestellt werden, dass die

Länder mehr in den EU-Haushalt einzahlen, die sich aus ihrer Verantwortung ziehen.

Klare Trennung zwischen Asyl- und Einwanderungspolitik

Wir FREIE WÄHLER wollen eine klare Trennung von Zuwanderung und Einwanderung: Für qualifizierte Arbeitskräfte wollen wir das Modell der europäischen Blue-Card ausbauen. Asyl und subsidiärer Schutz bei Bürgerkriegen bedeuten immer Aufenthalt auf Zeit. Hierfür brauchen wir ein verlässliches Ein- und Ausreisensystem, das eine konsequente Zurückweisung an der EU-Außengrenze ermöglicht.

Europäische Rückführungsabkommen mit Fluchtherkunftsländern abschließen

Es macht wenig Sinn, dass jedes EU-Mitglied einzeln Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Geflüchteten abschließt. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass

die EU den Abschluss sogenannter EU-Rückübernahmeabkommen voranbringt. Die Fluchtherkunftsländer sollen im Gegenzug eine privilegierte Rolle in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Dabei ist darauf zu achten, dass EU-Gelder hier nicht versickern, sondern an zuverlässige Hilfsorganisationen vor Ort fließen.

Rücknahmeabkommen mit Maghreb-Staaten

Wir FREIE WÄHLER wollen Rücknahmeabkommen mit den Maghreb-Staaten nach dem Vorbild der EU-Türkei-Vereinbarungen vom März 2016 voranbringen. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass die im Mittelmeer aufgegriffenen Flüchtlinge wieder zur nahegelegenen nordafrikanischen Küste gebracht werden.

Bekämpfung der Schlepper durch europäische Asylzentren in Afrika

Wir FREIE WÄHLER wollen legale Wege der Einreise für schutzbedürftige Menschen schaffen. Asylanträge müssen schon vor einer Überfahrt nach Europa gestellt und geprüft werden können. Dadurch entziehen wir dem menschenverachtenden Geschäftsmodell der Schlepper den Boden.

„Wir FREIE WÄHLER wollen eine klare Trennung von Zuwanderung und Einwanderung.“

Stabile Außenpolitik ohne Experimente

Wir FREIE WÄHLER wollen die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in weitaus stärkerem Maße europäisch angehen. Wir wollen, dass sich Deutschland und Europa als zuverlässiger Partner und ehrlicher Makler in die Weltpolitik einbringt. Mit einer friedlichen, berechenbaren und wertegebundenen europäischen Außenpolitik wollen wir das Zusammenleben auf unserer Erde verantwortungsvoll mitgestalten. Friedenssicherung ist unser wichtigstes Ziel. Diplomatie muss bei Konflikten immer Vorrang haben.

Der Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Gewährleistung der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenrechte müssen unser Kompass sein. Wichtig ist für uns FREIE WÄHLER, international dem Klimawandel entgegenzuwirken, den Hunger in der Welt zu bekämpfen, die Ressourcensicherheit und insbesondere die Energieversorgung sicherzustellen. Auch müssen wir den Zugang zu Rohstoffen und unsere äußere Sicher-

heit gewährleisten. Wir wollen aber keine außenpolitischen Alleingänge, sondern immer eine enge Abstimmung mit unseren Verbündeten.

Außenpolitik darf aber nicht länger ein Privileg der politischen Eliten sein. Den reichen Schatz an zwischenstaatlichen Kontakten der organisierten Zivilgesellschaft wollen wir stärker als bisher nutzen: Dazu gehört eine bessere Einbindung unserer vielschichtigen gesellschaftlichen Akteure mit ihren wichtigen Kontakten in andere Länder. Der Ausbau von Städtepartnerschaften ist uns in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Hierüber wollen wir Verständnis für unsere Werte und Ideale schaffen, unsere Kultur präsentieren und für unsere politischen Ziele werben.

Wertegebundene Außenpolitik

Wir FREIE WÄHLER wollen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte weltweit werben. Inner-

halb der EU setzen wir uns dafür ein, die Kontakte zur organisierten Zivilgesellschaft in den Mitgliedsländern zu nutzen, um hier die Verteidiger unserer Grundwerte zu unterstützen.

Geschlossenes Auftreten der EU in der internationalen Politik

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für mehr Geschlossenheit Europas in der internationalen Politik und in internationalen Organisationen ein. Daher unterstützen wir die Stärkung des Europäischen Auswärtigen

„Immer wenn Deutschland und Frankreich eng verbündet und geschlossen handelten, konnten die Krisen in Europa überwunden werden.“

Dienstes (EAD), um die 28 unterschiedlichen Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten bestmöglich koordinieren zu können. Im Rahmen unserer angestrebten Reduzierung von EU-Kommissaren sollten alle Handlungsfelder mit außenpolitischen Zuständigkeiten auf eine Person vereint werden: Insbesondere die Erweiterungs-, Nachbarschafts-, und Entwicklungszusammenarbeitspolitik soll unter das Dach des Hohen Beauftragten der Außen- und Sicherheitspolitik gestellt werden.

Außenpolitisch gemeinsam mehr für die Bürgerinnen und Bürger erreichen

Wir FREIE WÄHLER erteilen Protektionismus, Isolationismus und Nationalismus eine klare Absage. Außenpolitisch brauchen wir mehr statt weniger Dialog und Zusammenarbeit. Deshalb stehen wir zu unseren Bündnissen wie der UNO, der NATO und der OSZE.

Friedensmacht Europa stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen einen Vorrang der Politik und Diplomatie vor militärischer Intervention. Dabei setzen wir auf Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention. Wir setzen uns für die Einhaltung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit in der Welt ein.

Enge deutsch-französische Partnerschaft

Immer wenn Deutschland und Frankreich eng verbündet und geschlossen handelten, konnten die Krisen in Europa überwunden werden. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb dem deutsch-französischen Tandem in der Europapolitik wieder größte Bedeutung zukommen lassen und streben eine enge Absprache gemeinsamer Ziele mit unseren französischen Freunden an.

Deutsch-polnische Partnerschaft stärken

Angesichts der schwierigen gemeinsamen Geschichte und historischen Verantwortung wollen wir FREIE WÄHLER die Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen weiter stärken. Sie ist das Fundament unserer gemeinsamen Versöhnung. Insbesondere den Dialog zwischen unseren Zivilgesellschaften wollen wir ausbauen.

Partnerschaftliche Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit

Der Austritt Großbritanniens und Nordirlands aus der Europäischen Union ist dramatisch. Die vergleichbare Wirtschaftskraft der zwanzig kleinsten Volkswirtschaften unter den EU-Mitgliedstaaten geht unserem Binnenmarkt verloren. Die Entscheidung der Bevölkerung respektieren wir und müssen deshalb neue Wege suchen, unsere

partnerschaftlichen Beziehungen neu und auf hohem Niveau auszuhandeln. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass dies fair und ohne Sonderzugeständnisse an das Vereinigte Königreich geschieht.

Transatlantische Beziehungen fortführen

Wir FREIE WÄHLER wollen unsere guten partnerschaftlichen Beziehungen mit den nordamerikanischen Staaten auf Augenhöhe pflegen und ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Beziehung stärker von gegenseitigem Respekt getragen wird.

Dialog mit Russland fortsetzen

Wir FREIE WÄHLER wollen trotz der Krim-Krise und der großen Differenzen in den Beziehungen zu Russland den Dialog nicht abreißen lassen. Der regelmäßige organisierte Austausch ist uns wichtig, weil wir nur so die Chance haben, Fortschritte zu

erzielen. Dabei setzen wir vor allem auf den NATO-Russland-Rat, um den Ukraine-Konflikt friedlich zu lösen. Insbesondere wollen wir die Kontakte unserer Verbände, Vereine und Stiftungen in die russische Zivilgesellschaft nutzen, um dort für unsere unverbrüchlichen europäischen Werte zu werben.

Beziehungen zur Ukraine weiterentwickeln

Wir FREIE WÄHLER unterstützen die Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer vollen territorialen Unversehrtheit. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa dem Land bei der Stärkung seiner inneren Stabilität und seiner gesellschaftlichen Fortentwicklung auf der Basis unserer europäischen Grundwerte zur Seite steht. Wir erwarten aber für eine Vertiefung der Zusammenarbeit insbesondere die Bekämpfung der Korruption. Finanzielle Förderungen müssen weiterhin strikt an Reformbemühungen geknüpft sein.

Selbstbewusstes Auftreten gegenüber China

China stellt eine starke und weiterhin wachsende Militär- und Wirtschaftsmacht dar. Sie ist bestrebt, ihren Einfluss weltweit auszubauen. Für Europa ist China ein wichtiger Handelspartner. Allerdings müssen wir uns davor schützen, durch massive Investitionen chinesischer (Staats-)Unternehmen in zu große wirtschaftliche Abhängigkeiten zu geraten. Wir FREIE WÄHLER wollen unsere europäischen Schlüsseltechnologien wie die Robotik besser vor chinesischen Übernahmen schützen und im Wirtschaftsdialog unsere europäische freiheitliche Ordnung weiterhin deutlich zum Ausdruck bringen.

Atom-Abkommen mit dem Iran fortsetzen

Wir FREIE WÄHLER halten die Vereinbarung zur Beilegung des Atomstreits mit dem Iran aus dem Jahr 2015 weiterhin für zielführend und wollen daran festhalten. Nachdem

die USA das Abkommen gekündigt haben, werden wir nunmehr in Europa darauf hinarbeiten, dass unsere europäischen Firmen weiterhin mit dem Iran Geschäftsbeziehungen unterhalten können, ohne in Konflikt mit amerikanischen Sanktionen zu geraten.

Verantwortung gegenüber Israel

Deutschland hat gegenüber dem Staat Israel eine besondere historische Verantwortung. Die Existenz und Sicherheit Israels sehen wir als Auftrag unserer diplomatischen Bemühungen an. Wir FREIE WÄHLER streben für die Lösung des Konflikts mit Palästina weiterhin eine friedliche Zweistaaten-Lösung an.

Kooperation mit regionalen Bündnissen vertiefen

Wir FREIE WÄHLER wollen die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga intensivieren. Wir brauchen gemeinsame Strategien und gemeinsames

Handeln gegen die Bedrohung der Freiheit durch den internationalen Terrorismus und im Umgang mit instabilen Ländern mit Blick auf unsere Sicherheit.

Europäische Afrika-Strategie auf den Weg bringen

Wir FREIE WÄHLER wollen mit einer gemeinsamen Strategie die Zusammenarbeit mit unserem südlichen Nachbarkontinent vertiefen. Damit wollen wir europaweit bei der Umsetzung der Agenda 2063 der Afrikanischen Union helfen, um an der sozio-ökonomischen Transformation des afrikanischen Kontinents mitzuwirken.

Zugang zu Rohstoffen sichern

Wir wollen den europäischen Zugang zu seltenen Erden, Industriemineralien und fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung partnerschaftlich mit den entsprechenden Ländern im afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Raum organisieren.

Übergeordnetes Ziel muss es allerdings sein, Rohstoffe im Kreislauf wiederzuverwenden und Alternativen zu fossilen Energieträgern zu fördern. Dabei muss klar sein, dass die Schutzräume in der Arktis und Antarktis erhalten bleiben, und ihre Unantastbarkeit erreicht wird.

Fluchtursachen eindämmen

Für uns FREIE WÄHLER ist eine nachhaltige Entwicklungspolitik Garant für eine friedliche und sichere Welt. Sie kann den Nährboden für eine Radikalisierung der Menschen entziehen und Fluchtgründe beseitigen. Sie beugt damit Extremismus, Terrorismus und der verzweifelten Suche vieler Menschen nach besseren Lebensumständen vor. Jeder Mensch hat ein Recht auf seine Heimat und muss die Möglichkeit erhalten, dort sicher und friedlich in voller Selbstbestimmtheit leben zu können. Angesichts von derzeit rund 70 Millionen Menschen auf der Flucht rückt dieses Ziel aber in immer weitere Ferne.

Fluchtursachen sind vielfältig und keineswegs nur auf kriegerische Konflikte wie in Syrien beschränkt. Es geht uns deshalb allgemein um die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung, einen verstärkten Klimaschutz, gute Regierungsführung und den Erhalt der Lebensgrundlagen in allen Regionen dieser Welt.

Der Verantwortung als Geberländer gerecht werden

UN-Hilfsorganisationen leiden unter chronischer Unterfinanzierung, weil die Geberländer, wie die EU-Mitgliedstaaten, zu wenig Mittel für die vielfältigen Hilfsmissionen zur Flüchtlingsversorgung vor Ort bereitstellen. Es kommt auch regelmäßig zu Verzögerungen der versprochenen Zahlungen. Die teilweise prekären Situationen in den Flüchtlingscamps in Ländern wie dem Libanon, in Jordanien, Kenia, Uganda und dem Tschad zwangen deshalb schon viele der dort untergekommenen Geflohenen zur Weiterflucht – auch in Richtung Europa. Wir FREIE WÄHLER stehen deshalb für eine kontinuierliche Finanzierung durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ziel muss mehr Planungssicherheit durch einen eigenen Haushalt auf Ebene der Vereinten Nationen sein.

Neben der unmittelbaren Versorgung mit Nahrung, Medizin, Unterkunft und Kleidung

muss humanitäre Hilfe vor Ort auch intensive Bildungsangebote beinhalten. Nur so kann vor allem jungen Menschen eine langfristige Perspektive geboten werden, entweder in ihre Heimat zurückzukehren oder eine realistische Chance für eine legale Einwanderung und einen erfolgsversprechenden Start in einem anderen Land zu erhalten.

0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Entwicklungspolitik

Wir FREIE WÄHLER werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland und die weiteren EU-Mitgliedstaaten das einst international vereinbarte Ziel für die Höhe der Entwicklungshilfe erreichen und dauerhaft einhalten: 0,7 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts. Diese Gelder sind eine wichtige Investition in unsere Sicherheit, weil sie Flucht nach Europa und Radikalisierungen in der Dritten Welt vorbeugen.

Fluchtursachenbekämpfung im EU-Haushalt stärken

Wir FREIE WÄHLER streben eine Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf EU-Ebene an. Gemeinsam steht Europa in der Verantwortung, Fluchtursachen entschieden zu bekämpfen.

Koordinierung und Spezialisierung in der europäischen Entwicklungspolitik

Historisch bedingt haben die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu bestimmten Regionen dieser Welt besondere Beziehungen. In der europäischen Entwicklungspolitik wollen wir erreichen, dass die Mitgliedstaaten und ihre Zivilgesellschaften diese Verbindungen nutzen, um ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten auf diese Regionen zu konzentrieren. Zusammen mit einer besseren Koordinierung der Entwicklungspolitik auf EU-Ebene wollen wir FREIE WÄHLER mit dieser Arbeitsteilung sinnvolle Synergien und einen effizienteren Mitteleinsatz erreichen.

Gemeinsame europäische Verteidigung

Die sich rapide ändernde weltweite Sicherheitslage und die schwindende Verlässlichkeit unserer transatlantischen Sicherheitsarchitektur stellen Europa vor neue Herausforderungen. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union sicherheitspolitisch selbständiger wird, um ihrer zunehmenden internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Sie muss zu einem eigenständigen, starken und verlässlichen Partner friedvoller Staaten werden.

Wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die willens und in der Lage ist, eigene Interessen zu formulieren und bei Bedarf durchzusetzen. Wir treten für einen engen Schulterschluss mit unseren europäischen Nachbarn ein, um ein eigenständiges Verteidigungsbündnis mit einer eigenen Armee auf den Weg zu bringen. Ein geschlossenes Europa kann unsere Interessen und unsere Grundwerte innerhalb der NATO deutlich stärken. Wir streben dabei aber eine enge

europäische Zusammenarbeit im Wehrbereich an, die keine Dopplungen zur NATO-Struktur schaffen, sondern eine Ergänzung darstellen soll. Ein starkes Europa in der NATO kann den USA auf Augenhöhe begegnen.

PESCO voranbringen

Mit der Unterzeichnung des PESCO-Abkommens zur „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ haben Ende 2017 die meisten EU-Mitgliedstaaten erste Weichen für eine gemeinsame europäische Verteidigung gestellt. Dies kann nur ein erster Schritt sein. In den kommenden Jahren wollen wir FREIE WÄHLER deshalb diese Initiative mit Leben füllen und zügig ausbauen. Wir wollen hierfür ein formales Gremium der europäischen Verteidigungsminister auf Europaebene schaffen und einen entsprechenden Ausschuss für Fragen der Verteidigung im Europaparlament installieren.

Eine europäische Parlamentsarmee als Ziel

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass eine europäische Armee der vollständigen Kontrolle des Europaparlaments untersteht. Es muss künftige gemeinsame Einsätze europäischer Streitkräfte bewilligen. Außerdem muss ein europäischer Wehrbeauftragter mit vergleichbaren Zuständigkeiten wie der Wehrbeauftragte der Bundeswehr seine Arbeit aufnehmen.

Einsatzfähigkeit der Bundeswehr ist Voraussetzung

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass jedes teilnehmende EU-Mitglied einen seiner Größe entsprechenden Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung leistet. Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr muss deshalb stets sichergestellt werden. Das Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen Mitgliedstaaten für die Verteidigung muss zu diesem Zweck konsequent angestrebt werden.

Gemeinsame europäische Fortbildung und Trainingseinheiten

Wir FREIE WÄHLER wollen ein gemeinsames Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzept multinationaler Verbände in Europa. Eine Angleichung der Qualifikationen und deren gegenseitige Anerkennung, wie etwa bei Mechanikern, ist für gemeinsame Einsätze eine Grundvoraussetzung. Deutschland sehen wir als starken Bündnispartner in der Pflicht, eine Führungsrolle zur Schulung der multinationalen Führungskräfte zu übernehmen.

Gemeinsame Rüstungsprojekte

Rüstungsprojekte nehmen an Komplexität und Kostenintensität deutlich zu, wodurch es Einzelstaaten innerhalb der EU zunehmend schwerer fällt, diese alleine zu tragen. Gemeinsame Rüstungsprojekte auf europäischer Ebene ermöglichen durch höhere Stückzahlen und geringere Overhead-Kosten deutliche Einsparungen. Gemeinsam ge-

nutzte Systeme gewährleisten zusätzlich die notwendige Interoperabilität und reduzieren deutlich den logistischen Aufwand bei gemeinsamen Operationen. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ schnellstmöglich intensivieren und Rüstungsprojekte auf die europäische Ebene verlagern.

Gemeinsames Beschaffungswesen

Das derzeitige Beschaffungswesen der Bundeswehr ist nicht geeignet den quantitativen und qualitativen Rüstungsbedarf zeitgerecht zu decken. Seit Jahrzehnten wird hier mit kosmetischen Nachbesserungen versucht, das Problem zu lösen. Auch die derzeitige, sehr kostenintensive Unterstützung durch externe Beratungsunternehmen kann die Herausforderung nach unserer Auffassung nicht meistern. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb die Beschaffung auf die europäische Ebene verlagern. Hierdurch können erhebliche Kosten eingespart und Prozesse optimiert werden.

Europäische Cyberabwehr installieren

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die Cyber-Angriffe im militärischen, staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereich entschieden zu bekämpfen. Deshalb streben wir ein gemeinsames Cyberabwehrzentrum der Europäischen Union an. Es soll insbesondere die Sicherheit unserer kritischen Infrastrukturen gewährleisten. Dazu gehören die Strom- und Trinkwasserversorgung mit wesentlicher Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Gesundheitsversorgung sowie des wirtschaftlichen oder sozialen Wohlergehens der Bevölkerung. Es soll eng mit dem NATO-Cyberabwehrzentrum in Tallinn zusammenarbeiten. Die EU muss hierfür die notwendigen Kompetenzen erhalten.

Krisengebiete stabilisieren

Regimewechsel der vergangenen Jahre stürzten viele Länder ins Chaos. Wir müssen hier mit einer verlässlichen Außenpolitik Vermittler und Ratgeber sein. Wir verfolgen eine Stabilisierung der betroffenen Gebiete. Hierfür wollen wir FREIE WÄHLER die bestehenden europäischen Kontakte in die Zivilgesellschaften der betroffenen Länder nutzen, um sie auf dem Weg zu einer freiheitlichen Ordnung zu unterstützen. Unsere Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Grundrechte können und wollen wir nicht von oben verordnen. Sie müssen von unten gelebt werden.

Schutz der See- und Handelswege

Unser gemeinsamer europäischer Außenhandel ist auf sichere See- und Handelswege angewiesen. Piraterie und zwischenstaatliche Konflikte bleiben in dieser Hinsicht ein weiterhin bestehendes Problem. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns für mehr

Sicherheit auf den See- und Handelswegen ein, indem wir mit Hilfe der EU und der NATO internationale Bündnisse mit Drittstaaten schließen.

„Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die Cyber-Angriffe im militärischen, staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereich entschieden zu bekämpfen.“

HEIMAT HÖCHSTER LEBENSQUALITÄT

#unsereHEIMATEuropa

Um die globalen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Umweltverschmutzung und die Lebensmittelsicherheit bewältigen zu können, brauchen wir Europa. Hier wollen wir FREIE WÄHLER uns auf gemeinsame Regeln verständigen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor Ort verbessern. Wir sichern die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Lebensmittel und wollen Fortschritte im Bereich Gesundheit erreichen. Ziel soll es sein, in unseren Regionen und darüber hinaus gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Unsere Regionen wollen wir bedarfsgerecht fördern, damit jeder Mensch in seiner Heimat beruflich und privat positiv in die Zukunft blicken kann. Wir wollen die sozialen Rechte der Menschen stärken und unseren Kindern eine gute Zukunft geben.



Hochwertige und gesunde Lebensmittel aus der Heimat

Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen dafür, dass unsere Heimat lebens- und liebenswert bleibt. Sie stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Gerade die Landwirtschaft zählt zur tragenden Säule der erneuerbaren Energien und bietet bis hin zum Tourismus auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Um diesen Mehrwert für Europas Regionen zu erhalten, braucht es weiterhin die gemeinsame Förderung.

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns für ein agro-gentechnikfreies Deutschland und Europa aus. Wir unterstützen die Entwicklung eines nachhaltigen, effizienten und produktiven Landwirtschaftsmodells, das wirtschaftliche und ökologisch ehrgeizige Ziele zugunsten der Landwirtinnen und Landwirte, der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Umwelt vereint. Deshalb sind wir gegen die Ausbringung von Klärabfällen auf unsere Felder sowie für das Verbot des

Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat. Wir schaffen beste Rahmenbedingungen für die bäuerliche Lebensmittelerzeugung in Deutschland und Europa.

Nachhaltige Landwirtschaft als Ziel

Wir FREIE WÄHLER setzen uns in der Landwirtschaftspolitik für Nachhaltigkeit, Innovation und Ernährungssicherheit in allen Teilen Europas ein. Hierbei sind für uns die Wettbewerbsfähigkeit, aber auch die Eindämmung des Klimawandels die wesentlichen Elemente, die wir voranbringen wollen. Wir sind zudem überzeugt, dass durch eine wirklich nachhaltige Bioökonomie das Potenzial der erneuerbaren Energieträger noch besser ausgeschöpft werden kann.

Verbot von Hormonen

Solange die Risiken beim Einsatz von (Wachstums-)Hormonen in der Landwirtschaft nicht ausgeschlossen werden können, werden wir uns weiterhin gegen deren

Einsatz stellen. Gleichwohl brauchen wir aber Innovationen, um eine Lebensmittelknappheit bei einer rasant steigenden Weltbevölkerung zu verhindern. Wir halten es für wichtig, auf diesem Gebiet weiter zu forschen.

Vielfalt der Landwirtschaft in Europa bewahren

Landwirtinnen und Landwirte sind nicht nur Nahrungsmittelerzeuger, sondern haben auch einen Auftrag zur Landschaftspflege und zur Bewahrung der Schöpfung. Dieser Auftrag muss sich auch in der Verteilung der Subventionen widerspiegeln. Wir FREIE WÄHLER stehen zu einem gemeinsamen europäischen Vorgehen und eine angemessene Mittelausstattung der Landwirtschaftspolitik in Europa. Sie muss für alle Landwirtinnen und Landwirte gerecht sein und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen. Wir sind uns jedoch bewusst, dass die natürlichen Gegebenheiten, die Produktionskosten und der allgemeine Lebensstandard

nicht überall in der EU gleich sind. Alles das muss bei der Verteilung der Unterstützung berücksichtigt werden. Landwirtschaftlicher Vielfalt muss in Europa durch mehr Flexibilisierung besser Rechnung getragen werden. Das auf Pauschalzahlungen basierende Finanzierungssystem muss weiter entwickelt werden und Faktoren wie Artenschutz, Tierwohl, Mischkulturen und familiäre Betriebe stärker belohnen.

Europäische Landwirtschaftspolitik modernisieren

Wir FREIE WÄHLER wollen den allmählichen Übergang zu modernen Landbewirtschaftungsmethoden unterstützen. Ziel muss es einerseits sein, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren und durch umweltfreundlichere Alternativen zu ersetzen. Andererseits wollen wir hohe Tierwohlstandards, eine bessere Rückverfolgbarkeit sowie Gesundheits- und Pflanzenschutznormen gewährleisten.

Marktorientierte Landwirtschaft

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaftspolitik in Europa auch künftig marktorientiert organisiert ist und keine Rückkehr zu bereits gescheiterten Strategien erfolgt. Dies darf jedoch keinesfalls zulasten der Lebensmittelsicherheit und -qualität, des Tierwohls oder der Umwelt gehen. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen für die Bereitstellung ihrer Produkte einen gerechten Preis auf dem Markt erzielen können.

Landwirte gegenüber Einzelhandel stärken

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die Marktmacht der Großkonzerne im Einzelhandel einzuschränken. Dabei wollen wir etwa das Preisdumping zu Lasten der Landwirtinnen und Landwirte einschränken.

Bürokratieabbau in der Landwirtschaft

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns im Allgemeinen für einen zielgerichteten, stärker an Ergebnissen orientierten Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik aus. Wir wollen dabei einfachere Verfahren, weniger Bürokratie und Regulierung sowie mehr Transparenz bei den Zielen und Instrumenten. Dieser Ansatz soll leistungsorientiert sein und die Grundlage für die ordnungsgemäße Überwachung der Mittelverwendung bilden.

Digitalisierung der Landwirtschaft voranbringen

Mit Hilfe der Digitalisierung kann unsere Landwirtschaft effizienter und ertragreicher arbeiten. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns für die Förderung neuer Technologien im Bereich „Smart Farming“ und ihren breiten Einsatz in der Praxis ein.

Geografische Angaben stärken

Wir FREIE WÄHLER befürworten eine künftige Gemeinsame Agrarpolitik, in der Lebensmittelqualitätskennzeichen, wie geografische Angaben, ein sehr hoher Stellenwert beigemessen wird und eine Weiterentwicklung der entsprechenden Regelungen stattfindet. Wir wollen damit den Mehrwert unserer facettenreichen europäischen Landwirtschaft besser herausstellen. EU-Qualitätsprodukte sind Teil der Kultur und des Erbes der EU, sie stellen weltweit ein großes Wirtschaftsgut dar und sind von entscheidender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der kleinstrukturierten Wirtschaft im ländlichen Raum.

Lebensmittelverschwendung eindämmen

Wir FREIE WÄHLER werden uns weiterhin für Maßnahmen auf Europaebene einsetzen, die zu einer Verringerung der Lebensmittelverschwendung beitragen. Wir wollen

bis 2024 die Lebensmittelabfälle halbieren, indem wir das Bewusstsein in der Bevölkerung schulen, den Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Informationen zukommen lassen und das Spenden von Lebensmitteln vereinfachen. Darüber hinaus sollen die dann noch anfallenden Abfälle einer sinnvollen Verwendung, zum Beispiel der Verwertung in Biogasanlagen, zugeführt werden.

Fischerei und Teichwirtschaft stärken

Wir FREIE WÄHLER sichern Existenzen in der Fischerei und Teichwirtschaft. Dabei müssen wir dafür Sorge tragen, dass natürliche Fressfeinde wie Otter, Biber und Kormorane, die unter Schutzstatus stehen, nicht überhandnehmen. Wir setzen uns deshalb für eine Anpassung der FFH-Richtlinie auf Europaebene ein, um die Möglichkeiten sinnvoller Entnahmen auszubauen.

Weidewirtschaft schützen

Wir FREIE WÄHLER stehen zum Artenschutz. Allerdings muss es möglich sein, resultierende Konflikte mit Augenmaß zu lösen: Der Wolf darf nicht zu einer Gefahr für die Alp, Alm und Weidewirtschaft werden. Sollte es durch Wölfe oder Luchse zu einem Vieh-Verlust gekommen sein, müssen die Geschädigten nach Bestätigung befähigter Gutachter, wie etwa Kreis- oder Landesveterinäre, schnell und unbürokratisch entschädigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Erreichen des erhaltungswürdigen Zustands zum Wohle der Weidewirtschaft gezielt Wölfe entnommen werden können. Hierzu muss sein Schutzstatus entsprechend angepasst werden.

Erhalt unserer Lebensgrundlagen

Wir FREIE WÄHLER wollen die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Heimat schützen. Ziel ist die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen. Hierfür müssen mehr Anstrengungen in der Umwelt- und Klimapolitik unternommen werden. Beides beginnt im Bewusstsein der Menschen vor Ort, erfordert aber auch eine Umsetzung in der internationalen Politik. Hier ist Deutschland alleine aber viel zu klein. Wir brauchen Europa. Zunehmende Hochwasser, Sturmschäden und die Dürreperiode im Jahr 2018 haben uns gezeigt, dass wir uns auf größere klimatische Schwankungen und deren Folgen in unseren Breitengraden einstellen müssen. Wir setzen uns für die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich auf Europaebene ein, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Erhalt der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in öffentlicher

Hand bleiben. Trinkwasser, Abwasser, Strom, Gas, Müllentsorgung und viele weitere grundlegenden Dienste sind lebensnotwendig und dürfen nicht zum unkontrollierbaren Geschäftsmodell privater Anbieter werden.

Internationale Vereinbarungen umsetzen und weiterentwickeln

Wir FREIE WÄHLER wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaschutzabkommen konsequent umsetzen. Hier wollen wir aber nicht stehen bleiben, sondern künftige internationale Vertragswerke engagiert mitgestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik geschlossen die Führungsrolle übernimmt.

EU-Emissionshandel stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen das Instrument des EU-Emissionshandel weiter stärken und auf dieser Basis das CO₂-Bepreisungs-

system global ausrichten. In einem ersten Schritt streben wir eine Übernahme im G20-Rahmen an. Hierfür gilt es, den Emissionshandel durch Ausweitung auf weitere Sektoren zu stärken. Wir lehnen allerdings die Festsetzung von Mindestpreisen für Emissionszertifikate ab.

Europäische Energiewende statt Atom- und Kohleausbau

Wir FREIE WÄHLER wollen unsere Energiewende in Deutschland zu einem europaweiten Projekt machen. Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und dezentrale Lösungen müssen die Eckpfeiler für dieses Vorhaben sein. Eine weitere Förderung von Atom- und Kohlestrom lehnen wir daher ab. Strom soll möglichst dort produziert werden, wo er verbraucht wird. Dadurch bleibt die Wertschöpfung vor Ort und es kann weitgehend auf den Bau großer Stromtrassen verzichtet werden.

Saubere Energie aus Deutschland in Europa und der Welt

Wir FREIE WÄHLER wollen in Energiefragen mehr internationale Zusammenarbeit. Hierüber wollen wir die Vorreiterrolle Deutschlands bei der Energiewende auf internationaler Ebene nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen unterstützen. Die G7- und G20-Formate wollen wir hierfür ebenso wie internationale Energieinstitutionen wie IEA und IRENA heranziehen. Auch innerhalb Europas gilt es unsere deutsche Innovationsstärke für den Ausbau erneuerbarer Energien zu verwenden.

Wir unterstützen das DESERTEC-Projekt, das die Energiegewinnung für Europa mit Hilfe von thermischer Solarenergie und Photovoltaik in Nordafrika vorsieht. Wir sehen darin mehr als nur eine Möglichkeit der sauberen Energiegewinnung für Europa und Unabhängigkeit von Erdöl. Zusammen mit den lokalen Akteuren ist es möglich Arbeitsplätze und Wohlstand zu unseren Nachbarn zu

**DU HAST ECKEN UND
KANTEN, ABER
ICH MAG DICH SEHR!**



bringen, die Region zu stabilisieren und so den Migrationsdruck nach Europa zu verringern. Die technische und ökonomische Machbarkeit des Projekts wurde bereits bewiesen.

Gemeinsame europäische Sicherheitsziele bei der Kernkraft

Wir sind aufgrund des alternden Bestands der europäischen Atomkraftwerke sehr besorgt. Gerade im grenznahen Bereich können Störfälle zu einer Katastrophe für uns in Deutschland werden. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns weiterhin für umfassende europäische Sicherheitsüberprüfungen mit hohen Sicherheitszielen und gegenseitiger Kontrolle ein.

Fracking-Verbot

Die Gefahren und Risiken bei der Förderung fossiler Energien im tiefen Untergrund sind noch nicht abzuschätzen. Seismische Aktivitäten könnten ausgelöst werden und eine weitere Folge wäre ein Raubbau an unserer heimatlichen Natur, den wir nicht wollen. Zudem ist es fraglich, inwieweit diese Methode überhaupt volkswirtschaftlich rentabel erscheint. Die Energiewende und die deutschen Klimaziele sprechen zudem dagegen, in die Förderung fossiler Energieträger zu investieren. Fracking wollen wir FREIE WÄHLER daher grundsätzlich verbieten.

Reduzierung der Kunststoffabfälle

In der EU werden jährlich 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle produziert. Vieles davon landet am Ende in den Meeren und Ozeanen und kann als Mikroplastik Eingang in unsere Nahrungskette finden. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die Menge der Kunststoffabfälle deutlich zu reduzieren und die Möglichkeiten der vollständigen Wiederverwendung zu verbessern. Die derzeit geltenden Regelungen sind nicht ausreichend und müssen dringend überarbeitet werden.

Europäische Initiative gegen Verschmutzung der Weltmeere

Um unsere Weltmeere zu schützen, setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine von der EU geförderte Initiative ein, mit moderner Technik Kunststoffabfälle aus den Europa umgebenden Meeren zu filtern.

Besserer Schutz von Nord- und Ostsee

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für wirksame Fischereiregelungen auf Europaebene ein. Außerdem wollen wir eine bessere Förderung ökosystemgerechter Fangtechniken und -methoden. Damit der Tiefseebergbau umweltverträglich gestaltet wird, setzen wir uns für ein international verbindliches Regelwerk ein.

Saubere europäische Gewässer

Unsere Gewässer sind in ganz Europa Teil unserer Lebensgrundlagen. Deren Qualität wollen wir deshalb auf höchstem Niveau sichern. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die vierte Klärwerkstufe zügig und flächendeckend zum Standard zu machen. Durch sie können Antibiotikarückstände, Hormone und weitere bioaktive Substanzen bis hin zu Mikroplastikrückständen herausgefiltert und dadurch unsere Gewässer geschützt werden. Wir wollen für dieses

Ziel ein europäisches Förderprogramm ins Leben rufen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Verordnungen zur Erlaubnis der Ausbringung von Gülle auf Ackerflächen. Dadurch werden insbesondere auf den Äckern in deutschen Grenzregionen regelmäßig die Gülleabfälle aus ausländischen Großmastbetrieben verteilt. Das führt nachweislich zu einer erheblichen Belastung des Grundwassers. Wir FREIE WÄHLER fordern deshalb eine EU-weite Angleichung der Verordnungen und strenge Kontrollen der Gülletransporte und -ausbringungen, um die Trinkwasserqualität langfristig nicht zu gefährden.

Umwelt für unsere Kinder bewahren

Wir FREIE WÄHLER kämpfen für den Schutz der Artenvielfalt in Europa. Insbesondere mit Blick auf das Insektensterben setzen wir uns für mehr europäisches Engagement ein. Wir werden uns weiterhin für saubere Luft,

den Schutz unserer Gewässer und der Böden einsetzen. Wir wollen unseren Kindern damit eine lebenswerte Welt hinterlassen.

Klimastabile Wälder schaffen

Unsere Wälder spielen eine wichtige Rolle für den Klimaschutz. Sie sind nicht nur gewaltige Kohlenstoffspeicher, sondern ein wichtiger nachwachsender Baustoff und Energieträger. Wir FREIE WÄHLER unterstützen europäische Maßnahmen für das Begründen klimastabiler Wälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung.

Tierwohl in Europa verbessern

Wir FREIE WÄHLER wollen keine Lebendtiertransporte von Schlachtvieh, die die europäischen Außengrenzen überschreiten. Entsprechend soll sich der Export künftig auf bereits geschlachtetes Fleisch beschränken. Darüber hinaus lehnen wir das Schächten ohne Betäubung ab. Alternativen zu Tierversuchen werden wir in Europa weiter stärken

und streben langfristig ihr Ende an. Wir setzen uns weiterhin für eine schnelle und deutliche Verbesserung der Transportbedingungen für Tiere innerhalb der EU ein. Wir FREIE WÄHLER fordern eine Begrenzung der Transportzeiten auf maximal vier Stunden bei nationalen Transporten und innerhalb der EU auf höchstens acht Stunden. Verstöße sind konsequent zu verfolgen und zu ahnden.

Öko-Terrorismus bekämpfen

Illegalen Handlungen gegen Landwirtinnen und Landwirte wie Einbrüche in Ställe oder Sabotageaktionen wollen wir entschiedener entgegenzutreten und härter bestrafen. Es ist Aufgabe des Staats und nicht privater Personen, die Gewährleistung des Tierwohls zu überprüfen.



Verbleib unserer Sozialsysteme in nationaler Hand

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass soziale Rechte wie das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der EU gestärkt werden. Wir wollen deshalb faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Arbeitsmarktpolitik besser koordinieren, um Lohndumping und sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken. Wir wollen mehr gemeinsame Koordinierung aber keine weiteren Kompetenzabgaben in der Sozialpolitik: Eine Europäisierung unserer Sozialsysteme lehnen wir ab.

Einwanderung in unsere deutschen Sozialsysteme verhindern

Angesichts des bestehenden Fachkräftemangels in einigen Branchen wollen wir FREIE WÄHLER die Mobilität europäischer Arbeitskräfte fördern. Dies darf aber nicht dazu ausgenutzt werden, dass es zu einer missbräuchlichen Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme kommt.

Europäische Arbeitsbehörde und Arbeitslosenversicherung verhindern

Wir FREIE WÄHLER wollen keine EU-Behörde schaffen, die sich um die Vermittlung unserer Arbeitslosen kümmert. Auch eine europäische Arbeitslosenversicherung ist überflüssig und lehnen wir konsequent ab. Es ist Auftrag der souveränen Mitgliedstaaten, diese Aufgabe zu erfüllen.

Einmischung der EU bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf verhindern

Wir FREIE WÄHLER stellen uns Vorschlägen auf europäischer Ebene entgegen, die zu den klassischen sozialpolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten gehören und hier ausreichend gut wahrgenommen werden können. Geplante Vorschriften wie etwa Vaterschafts-, Eltern- oder Pflegeurlaub müssen weiterhin in den Mitgliedstaaten ohne Anweisungen aus Brüssel erlassen werden.

Soziale Rechte als europäisches Mindestschutzniveau

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für die Schaffung sozialer Rechte als Mindeststandard ein, die allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern zustehen. Wir sind aber dagegen, pauschale Rechtsvorschriften mit Mengenvorgaben, Prozentsätzen, Methoden oder Systemen zu erlassen, die verbindlich auf nationaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die Rolle der EU muss darin bestehen, Mindestschutzniveaus festzulegen, um insbesondere Sozialdumping zu verhindern, mit dem sich andere Länder Wettbewerbsvorteile gegenüber Deutschland verschaffen. Den Mitgliedstaaten steht es frei, über die Mindestniveaus hinauszugehen.

Soziale Rechte müssen mit technologischen Entwicklungen Schritt halten

Wir FREIE WÄHLER wollen bestehende Rechtsvorschriften stets überprüfen und

modernisieren, falls neue technologische Entwicklungen wie etwa im Bereich der Digitalisierung dies erfordern. Arbeit 4.0 darf nicht zum Nachteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden.

„Wir wollen faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Arbeitsmarktpolitik besser koordinieren.“

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Wir FREIE WÄHLER wollen europäische Fördermittel gezielter nutzen, um Unterschiede zwischen Stadt und Land zu reduzieren und die Regionen besser miteinander zu vernetzen. Damit streben wir die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land an. Hierfür gilt es, die europäische Regional- und Strukturpolitik für unsere Kommunen weiter zu optimieren. Die bisherige Förderpolitik ist ineffizient, intransparent und sehr bürokratisch.

Europäische Regionalförderung neu ausrichten

Wir FREIE WÄHLER setzen uns weiterhin für eine Politik ein, die den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in allen Regionen sichert. Strukturschwächere Gegenden wollen wir in die Lage versetzen, durch Eigenleistung aufholen zu können. Wir wollen außerdem erreichen, dass europäisches Beihilferecht nicht länger in Konflikt mit einer effektiven Strukturförderung steht. Wir wollen zudem ein einfacheres Regelwerk für die Förderung unserer Regionen.

Fondsübergreifende Förderung für die Entwicklung des ländlichen Raums

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine maßgeschneiderte Förderung der ländlichen Räume ein. Wir wollen daher die Einführung einer fondsübergreifenden Förderung für die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen. Hier gilt es die Infrastruktur, das Handwerk, die mittelständische Industrie und die Landwirtschaft zu stärken und gleichzeitig die Kultur und Landschaft zu erhalten. Insbesondere wollen wir die länderübergreifende interkommunale Zusammenarbeit in unseren Grenzgebieten stärken.

Abruf der EU-Fördermittel praxistauglicher gestalten

Die Beantragung von EU-Fördermitteln bleibt weiterhin wenig praktikabel. Unter anderem deshalb beläuft sich auch mittlerweile die Summe nicht abgeru-

fener Mittel für EU-Förderprogramme auf den Rekordstand von 270 Milliarden Euro. Häufig scheidet die Mitfinanzierung am aufzubringenden Eigenanteil und es fehlt auch an geeigneten Projekten. Vor diesem Hintergrund wollen wir FREIE WÄHLER das Förderwesen überarbeiten und besser auf die bestehenden Bedingungen zuschneiden.

Tourismusregionen gezielter fördern

Wir FREIE WÄHLER wollen die Rahmenbedingungen des Tourismus in Deutschland weiter verbessern. Die Förderinstrumente der EU, des Bundes und der Länder wollen wir hierfür besser miteinander verzahnen.

Überprüfung der Förderziele

Wir FREIE WÄHLER wollen die EU-Fonds dahingehend grundlegend überprüfen, ob bei ihrer derzeitigen Ausgestaltung die wichtigen Ziele Innovation, Breitband und Digitalisierung sinnvoll zu erreichen sind.

„Die bisherige Förderpolitik ist ineffizient, intransparent und sehr bürokratisch.“

EU-Förderung an dem Mittelstand ausrichten

Um unsere ländlichen Räume und strukturschwachen Regionen zu stärken und vital zu halten, treten wir FREIE WÄHLER für eine mittelstandsfreundliche EU-Förderung ein. Gerade auch mit Blick auf die Förderung des Unternehmertums halten wir es für notwendig, die europäische Förderkulisse stärker auf Start-Ups auszurichten.

Kultur und Kreativwirtschaft in Europa stärken und fördern

Wir FREIE WÄHLER wollen die europäische Kultur- und Kreativwirtschaft stärken. Musik, Bücher, Kunst, Film und viele weitere Bereiche wollen wir mit speziellen Finanzierungsinstrumenten unterstützen, die der besonderen Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft mit einer oft geringen Kapitalausstattung gerecht werden. Insbesondere wollen wir hierdurch das kulturelle Angebot in den ländlichen Räumen verbessern. Wir

stehen außerdem zur Buchpreisbindung und lehnen liberalisierende Eingriffe der europäischen Ebene in diesem Bereich ab. Wir FREIE WÄHLER setzen uns für die Schaffung, Erhaltung, Förderung und den Ausbau kultureller Einrichtungen, Bildungsangebote und Aktivitäten ein. Allerdings muss ein Verhältnis zum öffentlichen Interesse und Zuspruch bestehen. Wir wollen erreichen, dass elektronische Musik wie auch Populärmusik gleichberechtigt zu anderen Formen der Musik gefördert und anerkannt werden. Wir fordern außerdem die kulturelle und bildungspolitische Anerkennung von Gesellschaftsspielen wie etwa klassischen Brettspielen, Kartenspielen sowie moderne Formen wie „Pen-&-Paper-Rollenspiele“ und das Genre „Live-Rollenspiele“, damit diese entsprechend gefördert werden können.

Eine gute Zukunft für unsere Kinder und Jugend

Unsere jüngeren Generationen sind in ein vereintes Europa hineingeboren. Offene Grenzen, ein gemeinsamer Markt und europäischer Austausch gehören schon immer zu ihrer Lebenswirklichkeit. Diese Errungenschaften müssen sie auch erhalten und gestalten können. Wir brauchen ihre Leidenschaft, um die europäische Idee weiterzutragen. Denn wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen von heute die

engagierten und mündigen Bürgerinnen und Bürger von morgen werden. Sie sollen das Europa weiter gestalten, das ihre Eltern aufgebaut haben. Doch zu den Verlierern der Wirtschafts- und Finanzkrise gehören insbesondere sie. Die sehr hohe und anhaltende Jugendarbeitslosigkeit in vielen südeuropäischen Staaten zerstört ihre Perspektiven. Hier muss die Europäische Union, zum Beispiel mit einer verstärkten Struktur-



und Investitionspolitik in Bereichen wie der Digitalisierung, engagierter entgegenwirken. Bildungsangebote müssen konsequent ausgebaut werden.

EU-Jugendstrategie engagiert fortsetzen

Wir FREIE WÄHLER wollen die europäische Jugendpolitik stärken und den Dialog zwischen der europäischen Jugend und der Europapolitik verbessern. Hierüber wollen wir mehr Chancengleichheit für junge Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt schaffen und die junge Generation ermutigen, sich ehrenamtlich in die Gesellschaft einzubringen.

Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam bekämpfen

Die Chancen auf Arbeit sind für Jugendliche in Europa höchst unterschiedlich. Während wir in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung haben, wächst in anderen Ländern

eine ganze junge Generation ohne die Perspektive auf ein sicheres und auskömmliches Einkommen heran. Wir wollen Jugendliche nicht im Stich lassen. Wir werben für das bei uns bewährte und krisenfeste duale Ausbildungssystem in anderen EU-Mitgliedstaaten und wollen auch die Mobilität junger Menschen in Europa verbessern. Wir in Deutschland leiden in vielen Branchen unter einem hohen Fachkräftemangel und können dieses Potential für uns nutzen.

Jugendgarantie fortführen

Wir FREIE WÄHLER wollen weiterhin erreichen, dass junge Menschen in Europa Aussicht auf einen Arbeitsplatz, eine Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten.

Europäische Jugendverbände in Europa unterstützen

Wir FREIE WÄHLER wollen die europäischen Jugendverbände stärken. Sie sollen jungen

Menschen noch besser Kenntnisse und Kompetenzen in der Europapolitik vermitteln, um sich aktiv an der Gestaltung Europas beteiligen zu können, mit dem Ziel den Mehrwert der Europapolitik zu erkennen.

Überarbeitung des europäischen Freiwilligendienstes

Wir FREIE WÄHLER wollen junge Menschen weiterhin finanziell unterstützen, wenn sie sich europaweit bei gemeinnützigen Einrichtungen in Bereichen wie der Jugendarbeit, Kultur, Sozialarbeit oder dem Umweltschutz einbringen. Allerdings wollen wir nicht, dass dieses Instrument einer gut funktionierenden Sozial- und Jugendpolitik abträglich ist. Es darf nicht in Konkurrenz zu bestehenden Jugendaustauschprogrammen und Freiwilligenprojekten stehen und nicht als Ersatz für herkömmliche Arbeitsplätze missbraucht werden. Zudem müssen künftig die erfahrenen Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Mitgliedstaaten als Träger fungieren und eng in die Weiterentwicklung eingebunden werden.

Schulmilch und Schulobstprogramm sichern

Wir FREIE WÄHLER wollen weiterhin, dass unsere Kinder im Grundschulalter mit frischer Milch und gesundem Obst in den Schulen versorgt werden. Mit Hilfe der entsprechenden EU-Programme wollen wir den Kindern den Umgang mit Grundnahrungsmitteln nahebringen und sie an eine gesunde Ernährung heranführen.

„Wir FREIE WÄHLER wollen die europäische Jugendpolitik stärken.“

HEIMAT DER INNOVATIONEN

#unsereHEIMATEuropa

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Europa weiterhin unseren Wohlstand sichert. Daran arbeiten wir, indem wir den Innovationsstandort Europa stärken und auf diese Weise mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Damit das so bleibt, unterstützen wir die kleineren und mittleren Industriebetriebe sowie das Handwerk. Hohe Standards im Daten- und Verbraucherschutz zwingen unsere Wirtschaft innovativ zu bleiben und schaffen ein hohes Schutzniveau für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher. Gleichzeitig wollen wir die einzuhaltenden Auflagen und Berichtspflichten drastisch reduzieren: Unsere Unternehmen brauchen für die

Erwirtschaftung unseres Wohlstands nicht mehr Bürokratie, sondern mehr Freiheit.

Damit unsere Wirtschaft funktionieren kann, setzen wir uns für eine moderne und gut funktionierende Infrastruktur ein. Gerade für den grenzüberschreitenden Verkehr wollen wir sie zügig und bedarfsgerecht ausbauen. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass Europa rasch auf eine moderne digitale Infrastruktur hinarbeitet.

Im internationalen Handel setzen wir uns weiterhin dafür ein, unsere hohen Standards im Bereich Umwelt, Soziales und Lebensmittelsicherheit zu verteidigen und unsere öffentlich finanzierten Errungenschaften der Daseinsvorsorge zu erhalten.

Innovationsmotor Deutschland in Europa

Innovationen sind der Schlüssel für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, hochqualifizierte Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass unsere europäische Industrie hier nicht ins Hintertreffen kommt. Europa muss Leitmarkt für zentrale Zukunftstechnologien werden und die technologische Führungsrolle in Schlüsseltechnologien ausbauen oder übernehmen. Das wollen wir mit einer ambitionierten, ganzheitlichen Innovationspolitik auf Europaebene erreichen. Die EU muss hierfür auf ihre traditionellen Industrien aufbauen – Automobilindustrie, Flugtechnik, Chemieindustrie, Pharmaindustrie und Medizintechnik. Aber auch auf Gebieten der Biotechnologie und der Mikroelektronik gilt es internationale Rückstände aufzuholen. Gleiches gilt für den Bereich der Internettechnologie. Zur Zeit kommen alle großen Marktteilnehmer aus den USA.

Stärkung der europäischen Forschungspolitik

Wir FREIE WÄHLER wollen gemeinsam den europäischen Forschungsraum stärken. Exzellenz und Subsidiarität gilt es aber dabei weiterhin als Eckpfeiler europäischer Forschungsförderung einzuhalten. Wir FREIE WÄHLER treten dafür ein, das Nachfolgeprogramm von Horizon 2020 mindestens mit den bisherigen Haushaltsmitteln auszustatten. Die Schwerpunkte Bildung, Forschung und Innovation dürfen trotz des Brexits nicht zurückgefahren werden.

Freies Europäisches Wissenschaftsjournal

Wir FREIE WÄHLER wollen die Einrichtung eines europäischen Peer-Reviewed Wissenschaftsjournals. Es soll wissenschaftliche Beiträge überprüfen und solche von hoher Qualität veröffentlichen. Um einen Publikationsbias zu vermeiden, sollen unter Beachtung der Qualitätskriterien auch Forschungs-

ergebnisse veröffentlicht werden, bei denen ein gesuchter Effekt nicht nachgewiesen werden konnte. Die Ergebnisse sollen über das Internet frei zugänglich sein, um die Verbindung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fördern. Immerhin werden die meisten Forschungsergebnisse durch die Öffentlichkeit mithilfe von Steuergeld finanziert.

Moderne und ganzheitliche Innovationspolitik

Wir FREIE WÄHLER wollen die Innovationsfähigkeit Europas stärken. Deshalb setzen wir uns für einen schnelleren Übergang wissenschaftlicher Erkenntnisse in die industrielle Anwendung ein. Wir wollen eine bessere Vernetzung der Industrie mit der Wissenschaft, das heißt mit unseren modernen europäischen Forschungszentren und Universitäten. Die Europäische Union muss technologieoffen sowie künftig ambitionierter und intelligenter in Forschung und Entwicklung investieren und

unsere Wissensgesellschaft stärken. Gerade damit sich neue Innovationen schneller auf dem Markt durchsetzen können, braucht es bei vielen Technologien eine europaweite Koordinierung der Nachfrageförderung.

Technologieführerschaft Europas in neuen Bereichen sichern

Die Europäische Kommission hat bereits die Schlüsselbereiche für eine innovative europäische Industrie ausgemacht – Antriebs- und Batterietechnologien, Nanotechnologie, Biotechnologie, Mikrotechnologie, intelligente Stromnetze und künstliche Intelligenz. Wir FREIE WÄHLER unterstützen Innovationen in allen Industriebereichen auf dem Weg zu einer ökologischeren und kohlenstoffärmeren Wirtschaft. Europa soll sich in den kommenden Jahren zum Technologieführer in diesen Bereichen entwickeln.

Steuerliche Innovationsförderung

Wir FREIE WÄHLER wollen die Innovationskraft in Deutschland und Europa mit Hilfe steuerlicher Anreize bei Forschung und Entwicklung stärken: Gerade die Innovationsbereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen muss durch steuerliche Vergünstigungen honoriert werden. Um den Innovationsstandort ‚Europa‘ in dieser Hinsicht zu stärken, treten wir hier für mehr zwischenstaatliche Koordinierung ein.

Gemeinsame europäische Batterie-zellenproduktion voranbringen

Mit erhöhtem Speicherbedarf erneuerbarer Energien und der Elektromobilität steigt der Bedarf an Batterien. Europa liegt aber gegenüber dem ostasiatischen Raum im Hintertreffen. Doch gerade hier bestehen große Wertschöpfungspotentiale, die wir für die Sicherung unserer Arbeitsplätze und unseres Wohlstands brauchen. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb auf diesem Gebiet

die Forschung, Entwicklung und Produktion im europäischen Maßstab fördern, um die bestehenden Rückstände schnellstmöglich aufzuholen.

Europäische Luft- und Raumfahrtindustrie stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen gemeinsame Luftfahrzeug- und Triebwerkprogramme in Europa fördern. Die Beteiligung deutscher mittelständischer Unternehmen bei Luft- und Raumfahrtprojekten wollen wir dabei sichern und die Entwicklung innovativer Produkte in Deutschland fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Weltraumorganisation (ESA) ihre Eigenständigkeit behält und gestärkt wird. Außerdem wollen wir einen gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen für nicht-staatliche Raumfahrtaktivitäten schaffen.

Computerspiele-Entwicklung in Europa fördern

Wir FREIE WÄHLER wollen den Games-Standort Europa fördern. Computerspiele sind mittlerweile europaweit ein wichtiges Kulturgut geworden. Es handelt sich um einen wichtigen Zweig des Kreativsektors mit hohen Wachstumspotentialen. Deshalb wollen wir einen europäischen Computerspiele-Preis einführen und ein eigenes europäisches Fördermodell für die junge und innovative Games-Wirtschaft auf den Weg bringen.

Jugendschutz bei Computerspielen stärken

Computerspiele sind heute Bestandteil der Alltagskultur vieler Kinder und Jugendlicher. Problematisch ist für sie aber der zunehmende Trend, dass häufig spielwesentliche Inhalte nur durch zusätzliche Käufe freigeschaltet werden können. Dieses Geschäfts-

modell wird für Kinder und Jugendliche schnell zu einer unüberschaubaren Kostenfalle. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns an dieser Stelle für einen schärferen Jugendschutz ein.

Forschung und Entwicklung gegen Antibiotikaresistenzen fördern

Antibiotikaresistenzen stellen für unsere Gesundheit in Europa eine erhebliche Bedrohung dar. Die Möglichkeiten zur Behandlung bakterieller Infektionen schwinden, immer häufiger muss auf Reserveantibiotika zurückgegriffen werden. Mangels ausreichender Verweise zu Indikationen bei der Antibiotika-Anwendung, einer ungenügenden Reduzierung des allgemeinen Antibiotikagebrauchs und durch zu hohen Antibiotika-Einsatz in der Landwirtschaft steigen aber auch bereits die Zahlen von Resistenzen gegen sogenannte Reserveantibiotika. Um schnelle Erfolge zu erzielen, müssen wir besonders die Forschungsanstrengungen

für zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten in der Human- und Veterinärmedizin auf Europaebene fördern. Gleichzeitig setzen wir uns für verbindliche Hygienestandards in den Krankenhäusern, einer Reduktion des Einsatzes in der Landwirtschaft und beim Menschen sowie der vierten Reinigungsstufe für Kläranlagen ein.

Pharma-Standort Europa stärken

Wir wollen für unsere Gesundheit die besten Medikamente nach europäischen Standards hier entwickeln und produzieren. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern und pharmazeutische Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene fördern. Das Lieferverbot von pharmazeutischen Produkten, die der Vollstreckung der Todesstrafe in außereuropäischen Ländern dienen, werden wir aufrechterhalten.

Schlüsseltechnologien vor außereuropäischer Übernahme schützen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für gemeinsame europäische Regeln zum Schutz wichtiger Schlüsseltechnologien wie der Robotik



ein. Wir müssen strategische Übernahmen aus Ländern wie China verhindern. Unsere nationalen und europäischen Außenwirtschaftsinstrumente wollen wir entsprechend ergänzen.

Europäischen Bildungsraum für mehr kluge Köpfe voranbringen

Wir FREIE WÄHLER unterstützen grundsätzlich die Bestrebungen zur Schaffung eines europäischen Bildungsraums, um beste Voraussetzungen für die klugen Köpfe von morgen zu schaffen. Davon hängt die Innovationsfähigkeit Europas ab. Es darf aber nicht darum gehen, in diesem Bereich Zuständigkeiten nach oben abzugeben, sondern die beste Bildungspolitik für unsere Gesellschaft in freiwilliger Abstimmung mit unseren Nachbarn zu entwickeln. Hierfür wollen wir mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen im Bildungsbereich schaffen. Das Programm Erasmus+ sehen wir wei-

terhin als wichtiges Instrument an, um den Austausch innerhalb Europas zu fördern.

„Bologna“ reformieren und neuen Forschergeist in Europa wecken

Wir FREIE WÄHLER wollen der zunehmenden Verschulung an unseren Hochschulen und Universitäten entgegenwirken. Durch lange Präsenzzeiten sinkt für unsere Studentinnen und Studenten der Anteil des Eigenstudiums und die Lehre kapselt sich immer weiter von der aktuellen Forschung ab. Die Versprechen von mehr Studienplätzen, intensiverer Betreuung und niedrigerer Abbrecher-Quoten wurden nicht eingehalten und auch die zugesagte Internationalität des Studiums ist bis heute nicht erreicht. Eine Rückkehr zu den bewährten Abschlüssen Diplom und Magister streben wir in allen Studiengängen an. Entsprechend wollen wir nachsteuern.

Starker Mittelstand

Wir leben im größten Binnenmarkt der Welt. Der zollfreie Handel sichert uns seit Jahrzehnten unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Gemeinsame Standards vom Stromstecker bis hin zu Abgasnormen unserer Autos ermöglichen es unserer Wirtschaft leichter für einen sehr großen Markt mit überall gleichen Regeln zu produzieren. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich auf die bestehenden Herausforderungen unserer mittelständischen Wirtschaft. Wir FREIE WÄHLER wollen ihr wieder echte Perspektiven geben, indem wir für sie beste Rahmenbedingungen schaffen, wettbewerbsverzerrende Regulierungen vermeiden und Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität als oberste Leitlinien in der europäischen Wirtschaftspolitik gewährleisten. In den kommenden Jahren ist es dabei besonders notwendig, auf die Trends der Globalisierung und Digitalisierung die richtigen Antworten zu finden. Wir kämpfen für eine soziale Marktwirtschaft in Europa, die den Bürgerinnen und Bürgern dient.

Digitalen Binnenmarkt vollenden

In der Digitalisierung liegt unsere Zukunft. Europa kann sich im globalen Wettbewerb an der Spitze positionieren, wenn wir unseren gemeinsamen Markt für diese Herausforderung fit machen. Es darf keine Rolle spielen, von welchem Ort aus die Bürgerinnen und Bürger auf Internetseiten zugreifen. Hindernisse bei digitalen Angeboten aufgrund unterschiedlicher nationaler Regelungen wollen wir FREIE WÄHLER konsequent beseitigen, um neue Möglichkeiten für unsere mittelständische Wirtschaft zu schaffen.

Gründungskultur in Europa stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen einheitliche Regeln, um die Gründungskultur in Europa nachhaltig zu stärken. Dabei ist es uns wichtig, eine einheitliche Anwendung des Europarechts sicherzustellen und eine einheitliche Definition für ein „Start-up“ zu finden, um die Fördermaßnahmen zielgenau abzustimmen.

Mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik

Häufig können Großkonzerne EU-Regeln unproblematisch bewältigen, während kleine und mittelständische Unternehmen die Last der Auflagen kaum stemmen können. Wir setzen uns für eine Regulierung ein, die den Rahmenbedingungen des deutschen und europäischen Mittelstands gerecht wird und ihn vor überbordender Bürokratie aus Brüssel schützt.

Kreditversorgung sichern

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die Bankenregulierung mittelstandsfreundlich zu gestalten. Sie darf nicht dazu führen, dass für kleinere und mittlere Unternehmen der Zugang zur Finanzierung erschwert wird. Insbesondere gilt es bei den Eigenkapitalunterlegungspflichten sehr sensibel vorzugehen.

Europäisches Datenschutzrecht mittelstandsfreundlich ausgestalten

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Überarbeitung des europäischen Datenschutzrechts ein. Die neuen Auflagen sind sehr bürokratisch. Gerade mit Blick auf die E-Privacy-Verordnung gilt es Spielräume für Innovation und digitale Geschäftsmodelle zu erhalten. Auf Europaebene wollen wir eine hochrangige Arbeitsgruppe mit Praktikern des Mittelstands, der Digitalwirtschaft und auch des Ehrenamts einsetzen, um Vorschläge für praktikable Reformen zu unterbreiten.

Meister-Ausbildung erhalten

Wir FREIE WÄHLER setzen uns auf Europaebene weiterhin für die Beibehaltung der Meister-Ausbildung ein. Sie garantiert qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Handwerk und sichert dessen Fortbestand. Deshalb werden wir uns auch dafür einsetzen, dass wir die Meisterpflicht für be-

stimmte Gewerke wie zum Beispiel das des Fliesenlegers wieder einführen. Um gerade im Handwerk die berufliche Bildung weiter aufzuwerten, soll sie durch die öffentliche Finanzierung der Meisterausbildung dem kostenlosen Hochschulstudium stärker angeglichen werden.

Fachkräftemangel bekämpfen

Während in vielen europäischen Ländern Arbeitsplätze fehlen, gibt es in etlichen Branchen in Deutschland einen erheblichen Fachkräftemangel. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb die Mobilität der Arbeitskräfte in Europa verbessern und setzen uns für eine bessere Vergleichbarkeit von Bildungsstandards und dem gemeinsamen B2-Sprachniveau als Referenzgrundlage ein.

Gerechte Besteuerung für große Konzerne

International tätige Unternehmen dürfen sich nicht länger ihrer gesellschaftlichen Ver-

antwortung entziehen. Sie müssen genauso wie der Mittelstand angemessene Steuern bei uns zahlen, wenn sie in Europa Gewinne erwirtschaften. Wir FREIE WÄHLER setzen uns weiterhin dafür ein, dass multinationale Konzerne und insbesondere Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon endlich in die Pflicht genommen werden.

Gemeinsamer Kampf gegen Wirtschaftsspionage

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine europäische Strategie gegen internationale Wirtschaftsspionage ein. Auf diese Weise wollen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen beraten sowie ihr Wissen und geistiges Eigentum vor fremdem Zugriff schützen.

Hohe Standards beim Daten- und Verbraucherschutz

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für ein hohes Verbraucherschutzniveau in Europa ein. Das Vorsorgeprinzip in der Umwelt- und Gesundheitspolitik muss erhalten bleiben: Produkte, deren Schädlichkeit für Mensch und Natur nicht ausgeschlossen sind, dürfen nicht auf unseren Markt oder müssen von unserem Markt genommen werden. Im Zuge der Digitalisierung erhält der Schutz unserer Daten eine zunehmend wichtige Rolle. In einem Internet ohne Grenzen brauchen wir Europa, um hier gemeinsame Standards für alle Bürgerinnen und Bürger setzen zu können. Allerdings lehnen wir unnötige Bürokratie und unverhältnismäßige Vorschläge ab. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher darf Mittelstand und Ehrenamt nicht überfordern.

Abkommen für hohe Datenaustausch-Standards voranbringen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen sicheren Datenaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen ein. Er ist Voraussetzung

für einen Erfolg der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft. Deshalb wollen wir nicht nur das „Privacy-Shield“ mit den USA neu verhandeln, sondern auch mit anderen Ländern und Weltregionen effektive Abkommen für den Schutz des Datenaustauschs auf unserem hohen europäischen Niveau abschließen.

Grundsatz der Netzneutralität in Europa stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen den Erhalt der Netzneutralität. Nur wenn alle Daten unabhängig von Quelle, Ziel und Inhalt mit der gleichen Priorität weitergeleitet werden, ist im Internet ein fairer Wettbewerb um die besten Produkte möglich. Das Bevorzugen oder Diskriminieren von bestimmten Wettbewerbern oder Inhalten verhindert auf Dauer Innovation und eine Weiterentwicklung des Internets. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Europa. Darum lehnen wir Praktiken wie den Ausschluss bestimmter Dienste oder Inhalte in Mobilfunkverträgen

ab. Auch wollen wir das sogenannte „Zero-Rating“ verhindern, bei dem Daten eines bestimmten Dienstes nicht auf das inklusive Datenvolumen angerechnet werden.

Transparenz bei Online-Vergleichs- und Beratungsportalen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass alle Verbraucherinnen und Verbraucher die gleichen Preise angezeigt bekommen und keine Manipulation durch Zuhilfenahme von Algorithmen erfolgt.

Regionale Produkte stärken

Wir FREIE WÄHLER wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Das ist nicht nur umwelt- und klimafreundlich, sondern ermöglicht auch eine bessere Rückverfolgbarkeit. Deshalb wollen wir zum Beispiel kleine Schlachthöfe in den Regionen und die Direktvermarktung von Lebensmitteln stärken.

Klare Kennzeichnung und bessere Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln

Wir FREIE WÄHLER wollen bessere Verbraucherinformationen bei Lebensmitteln. Herkunft und Bestandteile der Produkte müssen leicht erfassbar sein. Wir wollen auch neue Technologien wie Blockchain nutzen, um die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln zu verbessern.

Sicherheit medizinischer Produkte auf höchstem Niveau

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Arzneimittel und Medizinproduktstudien konsequent den anerkannten Schutzstandards der Forschung am Menschen entsprechen und die Studien dazu einer Veröffentlichungspflicht unterliegen. Diese müssen vor ihrer Durchführung ebenfalls öffentlich angekündigt werden, um den Publikationsbias zu vermindern.

Bürokratieabbau in Europa

Wo die EU die Unternehmungslust der Menschen und Unternehmen hemmt, leidet die Akzeptanz unseres Friedenswerks. Bürokratieabbau ist hingegen das beste Konjunkturprogramm. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb, dass sich Europa auf seine wesentlichen Herausforderungen konzentriert. Wir stehen für ein schlankes Europa mit weniger Bürokratie und weniger überflüssiger Regulierung. Allerdings wollen wir mehr Zusammenarbeit dort, wo es den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Mehrwert bringt.

Paragrafenbremse für Europa

Wir wollen der Zunahme bürokratischer Auflagen in der europäischen Gesetzgebung weiterhin entgegenwirken. Sie treffen in der Regel unseren Mittelstand, das Handwerk und das Ehrenamt. Auf europäischer Ebene setzen wir uns deshalb für eine Entbürokratisierung ein. Zudem wollen wir verhindern, dass Spielräume bei EU-Gesetzen zu einer weiteren Paragrafenflut durch den Bun-

des- und Landesgesetzgeber in Deutschland führen.

Mittelstand-Tauglichkeit bei EU-Gesetzen sicherstellen

Wir werden uns weiterhin in Europa für eine schulterbare EU-Gesetzgebung für kleine und mittlere Unternehmen einsetzen: Sie müssen weitgehend von europäischen Berichtspflichten entlastet werden. Zudem wollen wir zügig die Potentiale von E-Government ausschöpfen, um insbesondere auch die durch Europarecht verursachten Bürokratielasten zu reduzieren und die Verfahren zu beschleunigen.

„Streichlisten-Politik“ fortführen

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die EU-Kommission von unnötigen oder überholten EU-Gesetzen Abstand nimmt. Die Entbürokratisierung der EU wollen wir auch in Zukunft auf diese Weise fortsetzen.

Vereinfachung des Vergaberechts

Wir FREIE WÄHLER wollen das Vergaberecht auf Europaebene im Sinne der Kommunen verschlanken und die Schwellenwerte nach oben anpassen. Es muss für unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wieder möglich sein, die öffentliche Beschaffung ohne aufwendige und teure Rechtsberatung zu organisieren.

**„Bürokratieabbau
ist das beste
Konjunkturprogramm.“**

Kürzere Wege und schnelleren Datenabruf in Europa

Voraussetzung für ein wirtschaftlich erfolgreiches Europa ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Über sie müssen Waren, Dienstleistungen und Daten schnell und zuverlässig ihr Ziel erreichen. Wir sehen große Potentiale, den innereuropäischen Flugverkehr durch attraktive Bahnverbindungen zwischen den großen Städten reduzieren zu können.

Unsere innereuropäischen Straßen, Wasserstraßen, Schienen und Datenautobahnen müssen auf die erforderlichen Kapazitäten zugeschnitten werden und dürfen nicht den Anschluss an den Stand der Technik verlieren. Wir wollen einen sicheren, sauberen, effizienten und nutzerfreundlichen Verkehr. Wir stehen zu einer technologieneutralen Antriebsforschung im Verkehrssektor. Die Wege zur Reduzierung der Emissionen sollten hier nicht politisch vorbestimmt werden, sondern sich im Wettbewerb um die besten Ideen entwickeln. Gerade für die Anforderungen der ländlichen Räume mit ihren weiten Distanzen und der fehlenden Luftreinhaltungsproblematik können

Verbrennungsmotoren in Verbindung mit biologischen oder synthetisch hergestellten Kraftstoffen eine klimaneutrale Alternative darstellen. Eine einseitige Konzentration auf die Förderung elektrisch betriebener Fahrzeuge lehnen wir daher ab. Straßen sollen öffentlich bleiben und wenn nötig zurückgekauft werden. Sie sind essentiell für die Infrastruktur und gehören nicht in private Hände.

Ausbau des Breitband-Internets in Europa voranbringen

Damit alle Bürgerinnen und Bürger Europas Teilhabe an den digitalen Möglichkeiten erhalten, ist eine zuverlässige Infrastruktur in Form einer flächendeckenden Versorgung mit leistungsfähigen Glasfasernetzen notwendig. Das gilt insbesondere für den häufig vernachlässigten ländlichen Raum. Wir FREIE WÄHLER werden auch weiterhin für eine europäische Förderung der digitalen Datennetze sorgen und uns stark machen,

dass europäisches Beihilferecht staatlichen Förderbemühungen nicht entgegensteht.

Europa zum Leitmarkt für die 5G-Technologie entwickeln

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Europa die weltweite Führungsrolle bei der Einführung des 5G-Standards unter Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte einnimmt. Viele Zukunftstechnologien, wie das autonome Fahren, hängen von der flächendeckenden Verfügbarkeit ab. Zur Realisierung setzen wir auf intelligente Lösungen: Damit nicht jeder Netzbetreiber sein eigenes Netz für die Funkmasten aufbaut und auch im ländlichen Raum eine volle Netzabdeckung herrscht, streben wir eine Arbeitsteilung über „National Roaming“ an: Bei Funklöchern wählt sich das Mobilfunkgerät in ein anderes verfügbares Netz ein.

PKW-Maut verhindern

Wir FREIE WÄHLER stellen uns weiterhin gegen die Einführung einer europarechtswidrigen PKW-Maut in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Menschen Mobilität leisten können und keine neuen Belastungen ihre Beweglichkeit künstlich verteuern. Stattdessen müssen wir vielmehr darauf hinarbeiten, dass die für Europa wichtigen Straßen in den Mitgliedstaaten mautfrei werden.

Öffentlichen Nahverkehr in Grenzregionen fördern

Gerade in Grenzregionen arbeiten und wohnen die Menschen häufig nicht im selben Land. Sie pendeln über die Grenze. Wir wollen Anreize schaffen, dass hier die Städte und Gemeinden der angrenzenden Mitgliedstaaten bei der Beförderung besser zusammenarbeiten. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass die Attraktivität des öffentlichen grenzüberschreitenden Nahverkehrs für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger steigt.

Taxigewerbe vor neuen Fahrdienstmodellen schützen

In Deutschland ist das Taxigewerbe im Sinne der Zufriedenheit und Sicherheit der Kunden mit Beförderungslizenzen und Tarifbestimmungen reguliert. Es ist Teil des öffentlichen Personennahverkehrs und damit der Daseinsvorsorge vor Ort. Wir wollen die hohen deutschen Standards erhalten. Insbesondere lehnen wir Tendenzen der Marktliberalisierung zugunsten neuer Fahrdienstmodelle auf europäischer Ebene ab.

Engagierter Ausbau trans-europäischer Verkehrsnetze

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Wir brauchen insbesondere zuverlässige sowie schnelle Schienen, Straßen und Wasserwege, damit Personen und Waren zügig ihr Ziel erreichen. Deshalb wollen wir FREIE WÄHLER die

großen europäischen Verkehrsachsen zügig ausbauen. Dabei achten wir darauf, dass nicht nur die großen Metropolen davon profitieren, sondern auch die ländlichen Räume bestmöglich angeschlossen werden.

Beschränkung auf die großen Verkehrsprobleme

Europa soll sich in der Verkehrspolitik auf das Wesentliche konzentrieren. Übermäßige Regulierung ohne grenzüberschreitende Bedeutung und europäischen Mehrwert lehnen wir ab. Deshalb werden wir FREIE WÄHLER uns auch weiterhin gegen Ideen wie ein einheitliches europäisches Tempolimit oder eine europaweite Warnwestenpflicht für Fahrradfahrer stellen. Auch mittelstandsfeindliche Fahrtenschreiberregelungen lehnen wir ab.

Europaweites Verbot lauter Güterwagen und Einführung eines europäischen Gütertrassensystems

Wir FREIE WÄHLER setzen uns auf europäischer Ebene für ein gemeinsames Gütertrassensystem ein. Der Güterverkehr mit europäischen Waren nimmt zwischen Genua und Rotterdam exorbitant zu. Daher fordern wir ein europäisches Infrastrukturprogramm zur Neuplanung von Hochgeschwindigkeits- und Güterverkehrstrassen, wie zum Beispiel den Westerwald-Taunus-Tunnel. Außerdem wollen wir den verbindlichen Aufbau von Messstationen erreichen, um in Europa die Lärmbelastigung zu überwachen.

„Hyperloop“ als europäisches Zukunftsprojekt

Unsere Mobilität ist im Umbruch: Viele neue Innovationen werden gerade entwickelt und der schnelle Transport von Menschen und Gütern innerhalb Europas wird immer wichtiger. Mit der „Hyperloop“-Technologie

könnten wir uns in Europa künftig mit bis zu Schallgeschwindigkeit bewegen und die Reisezeiten zwischen unseren Städten erheblich verkürzen. Europa wollen wir FREIE WÄHLER zum Leitmarkt und Leitanbieter dieser Technologie entwickeln und hierdurch näher zusammenwachsen lassen.

„Wir FREIE WÄHLER werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass die Trinkwasserversorgung oder Abwasserbeseitigung nicht unter Privatisierungsdruck geraten.“

Fairness im internationalen Handel

Wir stehen im internationalen Handel vor großen Herausforderungen: Mit den USA haben wir einen neuen erheblichen Unsicherheitsfaktor im internationalen Handel. Hingegen wollen wir auch nicht, dass die Handelsmacht China fernab unserer Werteordnung versucht, uns die zukünftigen Regeln des Welthandels zu diktieren. Wir wollen alles daransetzen, dass Europa im internationalen Handel seine bisherige Stärke behauptet und Freihandelsabkommen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger abschließt. Wir treten für ein europäisches Gegenmodell des neuen amerikanischen Wegs ein, der auf Alleingänge, Protektionismus mit Strafzöllen und einer Senkung der erreichten Sozial- und Umweltstandards setzt. Wir wollen eine gemeinsame Problembewältigung in Form einer wertebasierten Handelspolitik, die hohe Standards und die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen zur Basis des gemeinsamen Handels macht. Wir treten ein für Wachstum, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Investitionsschutz ohne Schiedsgerichte

Teil der wertebasierten Handelspolitik der EU muss die Abkehr von Schiedsgerichten auch in bereits existierenden internationalen Handelsabkommen sein. Stattdessen setzen wir FREIE WÄHLER uns dafür ein, einen allgemein akzeptierten multilateralen Handelsgerichtshof zu etablieren, der auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruht.

Stimme des Mittelstands im internationalen Handel stärken

Handelsbarrieren sind insbesondere für die kleinen und mittleren exportierenden Unternehmen erhebliche Hindernisse. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass gerade sie als Rückgrat unserer Gesellschaft künftig stärker vom internationalen Handel profitieren.

Öffentliche Daseinsvorsorge aus Handelsabkommen herausnehmen

Wir FREIE WÄHLER werden uns auch weiterhin dafür stark machen, dass öffentliche Dienstleistungen wie die Trinkwasserversorgung oder Abwasserbeseitigung nicht durch Brüssel und den internationalen Handel unter Privatisierungsdruck geraten. Wir setzen uns weiterhin für unangreifbare Ausnahmen für solche sensiblen Bereiche bei der Vereinbarung neuer Handelsregeln ein und machen uns dafür stark, dass unsere Städte und Gemeinden auch künftig die volle Gestaltungs- und Organisationshoheit bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen haben.

Vorsorgeprinzip ist unverhandelbar

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass unser bewährtes Vorsorgeprinzip in der Umwelt- und Gesundheitspolitik erhalten bleibt: Produkte, deren Schädlichkeit für Mensch und Natur nicht ausgeschlossen ist, dürfen

nicht auf unseren Markt oder müssen von ihm genommen werden.

Wiederbelebung der Welthandelsrunden

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine Wiederbelebung der Welthandelsrunden im WTO-Rahmen ein. Die bisherige Politik der EU, die zu stark auf Abkommen mit einzelnen Handelspartnern abzielt, ist für uns nicht der ideale Weg. Wir wollen wieder verstärkt auf eine einheitliche Regelsetzung im internationalen Handel setzen, auf die sich alle 164 WTO-Staaten verpflichten.

Fairer Umgang mit Entwicklungsländern im Außenhandel

Eine wertebasierte Neubegründung der europäischen Handelspolitik wollen wir FREIE WÄHLER insbesondere im Handel mit Afrika. Handels- und Fischereiabkommen, die Armut und Elend verursachen und damit die wachsende Migration nach Europa

befördern, müssen endlich von fairen und nachhaltigen Abkommen abgelöst werden. Die privatwirtschaftlichen Gewinne, die aktuell im afrikanischen Raum durch unfaire Handelspraktiken erreicht werden, stehen in keinem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Kosten des steigenden Migrationsdrucks auf Europa. Entsprechend wollen wir die Post-Cotonou-Verhandlungen gestalten.

Konsequenter Umgang mit Konfliktmineralien im Handel

Wir FREIE WÄHLER wollen entschieden gegen die Verwendung von Bodenschätzen aus Konflikt- oder Hochrisikoregionen vorgehen. Die EU-Verordnung zum Handel mit Konfliktmineralien bietet einen guten Rahmen und muss von den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden. Wir wollen uns aber darüber hinaus für eine Abschaffung der Freigrenzen und die Ausweitung auf die gesamte Lieferkette einsetzen.

HEIMAT SOLIDER FINANZEN

#unsereHEIMATEuropa

Wir FREIE WÄHLER wollen zurück zu einer stabilen Währung und dem Grundsatz, dass jedes Land für seine Schulden selbst haftet. Unsere Währungsunion muss eine Stabilitätsunion werden. Wir wollen verhindern, dass die Schuldenpolitik einzelner Staaten und Banken unser ganzes Wirtschaftssystem sowie die Sparer und Steuerzahler weiter belastet und in Gefahr bringt. Infolge des Brexits verliert Europa einen wichtigen Nettozahler.

Dabei muss die EU gerade viele internationale Herausforderungen wie die Migration, den Grenzschutz sowie die Terror- und Cyberabwehr bewältigen. Eine ausreichende Finanzierung dieser großen Aufgaben halten wir für dringend erforderlich, zumal sie kostengünstiger und effektiver als einzelne nationale Lösungen ist. Wichtige Ausgabenposten wie die Regionalförderung wollen wir auf dem bisherigen Niveau fortführen.

Stabiler Euro

Wir FREIE WÄHLER wollen die verfehlte Euro-Rettungspolitik der letzten Jahre korrigieren. Provisorisch geschaffene Instrumente wollen wir nicht weiterentwickeln, sondern zurückfahren. Jedes Land muss für seine Schulden selbst haften und Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen konsequent geahndet werden.

Stabile Währung statt Schuldenunion – keine Eurobonds

„Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ – für diesen Grundsatz treten wir FREIE WÄHLER auch weiterhin ein. Eine Vergemeinschaftung unserer Schulden in Form von Eurobonds als gemeinsame Anleihen oder anderen Instrumenten lehnen wir entschieden ab.

Haftungsgemeinschaft durch neue EU-Verbriefungsmöglichkeiten verhindern

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass unsere deutschen Staatsanleihen künftig nicht mit denen anderer Euro-Staaten in sogenannten SBBS-Papieren gebündelt werden. Das führt zu einer Vergemeinschaftung von Risiken durch die Hintertüre, die wir verhindern wollen.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein. Künftige Verstöße sollen automatisch geahndet und sanktioniert werden. Dadurch erreichen wir mehr Haushaltsdisziplin und verhindern, dass die Stabilität unserer Währungsunion von politischen Entscheidungen abhängt.

EZB reformieren

Die Unabhängigkeit der Zentralbank von politischen Einflüssen ist uns weiterhin sehr wichtig. Wir FREIE WÄHLER wollen aber, dass intern die Stimmrechte der nationalen Notenbanken in der EZB nach den entsprechenden Haftungsanteilen gewährt werden. Außerdem wollen wir einen Systemwechsel hin zu einer jährlichen Tilgung der Target-Salden durch Gold. Weiterhin setzen wir uns für eine Sperrminorität von 25 Prozent der Stimmen ein, wenn EZB-Maßnahmen zu einer Umverteilung von Vermögen zwischen Staaten der Euro-Zone führen können.

ESM auflösen

Wir FREIE WÄHLER wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus als überstürzt eingeführtes Kriseninstrument wieder auflösen, indem die Ausleihkapazität des ESM schrittweise zurückgefahren wird.

Europäischen Währungsfonds verhindern

Pläne der Europäischen Kommission sehen vor, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus zu einem europäischen Währungsfonds weiterentwickelt wird. Das lehnen wir FREIE WÄHLER entschieden ab. Es entstünde hierdurch ein Instrumentarium, wodurch die nationalen Parlamente jede verbliebene Kontrolle verlieren und gleichzeitig im Krisenfall sehr hohe Staatshilfen fließen würden. Zudem ist eine Doppelstruktur zum längst bestehenden und hervorragend arbeitenden Internationalen Währungsfonds nicht notwendig.

Geordnetes Staateninsolvenzverfahren für die Eurozone

Wir FREIE WÄHLER wollen klare Regeln bei Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Staats. Hierfür braucht es ein unabhängiges Gremium zur Überwachung des Verfahrens. Der Internationale Währungsfonds kann diese

Aufgabe übernehmen. Verbindliche Regeln sollen dafür sorgen, dass Insolvenzverfahren in einem festgelegten Zeitraum abgewickelt und Umschuldungsverhandlungen nicht verzögert werden können.

Geregeltes Austrittsverfahren aus der Währungsunion

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für klare Regeln für den Austritt aus dem Euro-Währungsgebiet ein. Es muss künftig klar sein, was mit einem Mitgliedstaat passiert, wenn er zu einer unzumutbaren Belastung für die Eurozone wird. Bislang kann nach den Verträgen nur ein vollständiger Austritt aus der EU erfolgen. Mit einem Austritt aus der Eurozone kann jedoch ein krisengeschütteltes EU-Mitgliedsland zu einer nationalen Währung zurückkehren und durch Abwertung Schritt für Schritt seine Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen.

Korruption, Steuerdumping, -betrug, -vermeidung, und Geldwäsche effektiv bekämpfen

Viel Geld fließt in Europa am Fiskus der Mitgliedstaaten vorbei. Aufgrund dessen sind Staaten höher verschuldet als notwendig oder es können viele wichtige Vorhaben nicht realisiert werden. Das wollen wir ändern: Wir FREIE WÄHLER wollen ein entschlossenes Vorgehen gegen Korruption, Steuerdumping, -betrug, -vermeidung, und Geldwäsche international und in Europa. Wir treten hier für mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene ein.

Keine EU-Einlagensicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken

Wir FREIE WÄHLER werden uns weiterhin gegen eine europäische Einlagensicherung stellen, die den bewährten Anlegerschutz in Deutschland und sogar indirekt die Zahlungsfähigkeit von Betrieben und Hand-

werksunternehmen gefährdet. Wir wollen nicht, dass unsere solide wirtschaftenden Sparkassen und Genossenschaftsbanken gezwungen werden, für marode Banken in Mithaftung genommen zu werden.

Sonderbehandlung regional tätiger Banken bei EU-Gesetzen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für den Erhalt unseres bewährten deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells ein. Gerade in Zeiten der Krise hat sich unsere Bankenstruktur für Sparer, Anleger und mittelständische Wirtschaft bewährt. Den wiederholten Versuchen Brüssels, die Struktur unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Frage zu stellen, erteilen wir eine klare Absage. Denn sie sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir werden weiterhin bei der Regulierung zwischen Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder Förderbanken mit risikoarmen Geschäftsmodellen und den systemrelevanten Großbanken unter-

scheiden. Die kleinen Institute dürfen nicht die Lasten des besonderen Kontrollerfordernisses der Großen tragen.

Bargeld erhalten

Wir FREIE WÄHLER stellen uns den Bestrebungen zur Abschaffung unseres Bargelds entgegen. Wir halten es angesichts zunehmender Cyberangriffe für höchst fahrlässig, ausschließlich auf den elektronischen Zahlungsverkehr setzen zu wollen. Die sicherheitspolitischen Ziele der Nachverfolgbarkeit aller Transaktionen werden ohnehin nicht erreicht, wenn Ausweichmöglichkeiten auf andere Währungen, Gutscheinsysteme oder Kryptowährungen bestehen. Außerdem wächst die Machtfülle der Banken und staatlicher Organisationen, wenn es nicht mehr möglich ist, Bargeld zu Hause aufzubewahren.

Sinnvolle Finanzierung gemeinsamer Aufgaben

Europa muss sparsamer und effizienter werden, gleichzeitig aber ausreichend Finanzmittel zur Verfügung haben, um die großen und wichtigen Aufgaben sinnvoll erfüllen zu können. Wir FREIE WÄHLER setzen uns daher für eine EU ein, die verantwortungsvoll mit dem Geld der deutschen Steuerzahler umgeht und sich auf ihre zentralen Aufgaben beschränkt. Zugleich wollen wir mehr Beitragsgerechtigkeit in der EU, um die Lasten für Deutschland abzusenken. Auch weiterhin müssen die Nationalstaaten grundsätzlich die Steuerhoheit besitzen.

Transparenter EU-Haushalt und mehr Mitwirkung durch die Öffentlichkeit

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Öffentlichkeit den EU-Haushalt, die Schwerpunkte der Ausgaben und ihren Mehrwert besser nachvollziehen kann. Wir wollen, dass alle gesellschaftlichen Akteure unabhängig von ihrem Lobby-Budget gleichermaßen in die Haushaltsberatungen

einbezogen werden. Dazu gehören die repräsentativen Verbände, Sozialpartner, Initiativen und weitere Akteure. Sie wissen am besten, wo und in welcher Form Förderungen sinnvoll sind. Hierdurch wollen wir mehr Akzeptanz für die politischen Ziele der EU schaffen.

Abschaffung von Rabatten in Folge des Brexits

Im Zuge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wollen wir Rabattregelungen für die Beiträge der Mitgliedstaaten grundsätzlich abschaffen.

Verschuldungsverbot der EU fortführen

Wir FREIE WÄHLER setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Verschuldungsverbot für die EU fortbesteht. Sie muss mit den Geldern haushalten, die ihr durch Beiträge von Mitgliedstaaten oder Eigenmittel zur Verfügung stehen.

Ausdehnung der Eigenmittel auf eine europäische Finanztransaktionsabgabe

Wir wollen die internationalen Finanzmärkte wieder stärker regulieren und damit unser Finanzsystem krisenfester machen. Eine Regelung macht hier allerdings nur in einem größeren europäischen Rahmen Sinn. Deshalb treten wir an dieser Stelle

für eine europäische Transaktionsabgabe ein. Die daraus gewonnenen Einnahmen wollen wir dem EU-Haushalt als weitere Eigenmittel zuführen. Ausgenommen von dieser Finanztransaktionsabgabe sollen die private Vermögensbildung und die Bildung von Altersvorsorgekapital sein.



**ICH STEHLE DIR
DIE STERNE VOM
HIMMEL ... ALLE 12!**

NOTIZEN

#unsereHEIMATEuropa



**DU BIST
NICHT PERFEKT,
ABER DU HAST
MEIN HERZ EROBERT!**



FREIE WÄHLER Bundesgeschäftsstelle
V.i.S.d.P.: Gregor Voht
Vorsitzender der Programmkommission

Mühlenstraße 1
27777 Ganderkesee

Telefon: +49 (0)4222 - 209 492 5
Telefax: +49 (0)4222 - 209 492 3
E-Mail: geschaeftsstelle@freiewaehler.eu

www.freiewaehler.eu
www.unsereheimateuropa.de